

WESTFÄLISCHE
WILHELMS-UNIVERSITÄT
MÜNSTER

Exzellenzcluster „Religion und Politik“

› PresseEcho

„Der verlorene Himmel“

Neuerscheinung von Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting

in den Medien



› Inhalt

I. Pressemitteilung des Zentrums für Wissenschaftskommunikation 3

„Ein christliches Deutschland gibt es nicht mehr“

Zeithistoriker Großbölting legt erste historische Gesamtschau zu Religion in
Deutschland seit 1945 vor – Heutige Religionspolitik verharre in den 1950ern

II. Medienresonanz auf Pressearbeit zum Buch „Der verlorene Himmel“ .. 8

Rezensionen 8

Gastbeiträge 14

Print 29

Online 48

TV und Radio 50

III. Weitere Medienbeiträge aus „Religion und Politik“ 51

Print 51

Online 52

TV und Radio 53

Pressemitteilung

„Ein christliches Deutschland gibt es nicht mehr“

Zeithistoriker Großbölting legt erste historische Gesamtschau zu Religion in Deutschland seit 1945 vor – Heutige Religionspolitik verharre in den 1950ern

Münster, 18. Februar 2013 (exc) Politik und Kirchen in Deutschland verharren nach einer Studie von Zeithistoriker Prof. Dr. Thomas Großbölting religionspolitisch in den 1950er Jahren. Die Kirchen würden nach damaligem Modell noch immer staatlich bevorzugt, obwohl eine Vielzahl an Religionen hinzugekommen sei. „Ein christliches Deutschland gibt es nicht mehr, die Zahl der religionspolitischen Konflikte wächst“, so der Forscher des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ der Uni Münster. „Doch Politik und Kirchen wagen keine aktive oder pro-aktive Religionspolitik. Vor allem der Islam stößt an eine ‚gläserne Decke‘“, heißt es in der Studie „Der verlorene Himmel“. Die erste historische Gesamtschau über „Glaube in Deutschland seit 1945“ erscheint diese Woche im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht in Göttingen.

Beispiele für religionspolitische Konflikte gebe es in großer Zahl: die Diskussion um die Abweisung einer vergewaltigten Frau in zwei katholischen Kliniken, das Streikrecht für kirchliche Bedienstete, die Beschneidungsdebatte und die Koranverteilung durch Salafisten. „Politik und Kirchen unterschätzen den Handlungsbedarf notorisch. Sie nehmen Veränderungen erst wahr, wenn sie als Probleme auftreten.“ Eine weitsichtige Politik, die alle Religionsgemeinschaften gleich behandle, sei nicht in Sicht. „Stattdessen herrscht ein System der hinkenden Trennung von Kirche und Staat, das in der Nachkriegszeit entstanden ist“, so der Historiker. „Vieles davon hat sich bis heute erhalten: die Kirchensteuer, der Religionsunterricht an staatlichen Schulen oder der Sitz von Kirchenvertretern in Rundfunkgremien.“ Die Rechte und Ansprüche Andersgläubiger sowie der wachsenden Gruppe an Religionslosen hingegen fielen unter den Tisch.

„Kirchen profitieren nur bedingt von Privilegien“

Die christlichen Großkirchen profitieren nach Einschätzung des Forschers von ihrer Bevorzugung nur bedingt: „Kirchliches Leben ist heute hochgradig gesellschaftlich integriert, gut organisiert und oft auch politisch einflussreich – doch als religiöser Anbieter für viele Menschen unattraktiver denn je.“ So gehöre aktuell nur je ein Drittel der Bevölkerung noch einer der christlichen Kirchen an, um 1950 seien es noch 95 Prozent gewesen. Vor allem aber die Teilnahme der Mitglieder am kirchlichen Leben gehe kontinuierlich zurück. „Das Christentum ist zu einem Anbieter unter vielen für Sinnstiftung und Sonntagsgestaltung geworden.“ Diese neue Rolle wüssten die Kirchen noch nicht zu füllen. Auch intern könnten sie mit Vielfalt nur schlecht umgehen. „Insbesondere die katholische Kirche hält weiterhin an einem historisch überkommenen

Geschlossenheitsprinzip fest, das ihren Mitgliedern Freiheitsrechte verweigert.“ Davon zeugen nach Auffassung des Autors die Konflikte um die Kirche als Arbeitgeberin, wie sie sich beispielsweise mit der Kündigung einer lesbischen Erzieherin in einem kirchlichen Kindergarten oder eines wiederverheirateten Studienrats an einer kirchlichen Schule zeigten.

Begründet sei das „altbundesrepublikanische“ Kooperationsmuster zwischen Staat und Kirche im Grundgesetz von 1949, das wesentliche Bestimmungen der Weimarer Verfassung aufgenommen habe, so Prof. Großbölting. „Zu einer Zeit, in der die Gesellschaft dominant christlich geprägt war und man einen ideellen Neuanfang nach dem Nationalsozialismus suchte, funktionierte dieses Zusammenspiel für Politik und Kirchen hervorragend.“ In den 1950er Jahren hätten die Kirchen Idealbilder und Lebenspraxis für viele Felder wie Familie, Sexualität, Bildung, aber auch politische Entwürfe vorgegeben. „Was damals noch als moralische Wegmarke galt, war zwei Jahrzehnte später nur noch eine Position von vielen.“

In seiner detailreichen Studie zeichnet der Historiker den religiösen Wandel in der alten BRD, der DDR und dem wiedervereinigten Deutschland nach. Er schlägt einen Bogen vom Ideal der Rechristianisierung nach 1945, über Konflikte um Sex, Familie und Autorität und die Kirchenkrise in den 1960er Jahren, die Pluralisierung ab den 1970er Jahren, den Sonderfall Ostdeutschland bis zum wachsenden Islam und dem Judentum in Deutschland. Der Wissenschaftler analysiert dabei insbesondere drei Faktoren: die praktizierte Religiosität, das Verhältnis von Religion und Gesellschaft und den innerkirchlichen Wandel etwa mit Blick auf Theologie und Kirchentage. Nach einem Konzept von Historiker Hans Günter Hockerts will er die Entwicklungen historisch als „Problemgeschichte der Gegenwart“ erschließen.

Das Buch stellt wesentliche Ergebnisse des Projekts C22 am Exzellenzcluster „Transzendente Sinnstiftung und religiöse Vergemeinschaftung im nachmodernen Europa“ dar. Der Autor ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte am Historischen Seminar der Uni Münster. In der zweiten Förderphase des Exzellenzclusters von 2012 bis 2017 leitet er das Projekt C2-8 „Neue Soziale Bewegungen und religiöse Sozialformen in der Nachmoderne: ein deutsch-nordamerikanischer Vergleich“. (ska/vvm)

Hinweis: Thomas Großbölting, Der verlorene Himmel. Glaube in Deutschland seit 1945, Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht, 320 Seiten mit 6 Abb. Gebunden, 29,99 Euro, ISBN 978-3-525-30040-4.

Hinweis: Für Rezensionsexemplare verwenden Sie bitte das angehängte Bestellformular, Link zur Leseprobe: http://www.vr.de/pdf/titel_inhalt_und_leseprobe/1008292/inhaltundleseprobe_978-3-525-30040-4.pdf

Bildzeile: Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting (Foto: Exzellenzcluster „Religion und Politik“, Julia Holtkötter); Buchcover „Der verlorene Himmel. Glaube in Deutschland seit 1945“ (© Vandenhoeck & Ruprecht)

Aus dem Inhaltsverzeichnis:

Der verlorene Himmel – Wonach dieses Buch fragt und wie es darauf antworten will

1. Ein christliches Deutschland? Selbstverortungen und Illusionen nach 1945
 - 1.1 Der Glaube im Leben – Leben im Glauben? Das religiöse Feld zwischen Rechristianisierung und Erosion
Religiöse Praxis und Kirchenbindung. Aufschwung in der Auflösung
Die Familie als Bastion. Leitbilder und Lebensbilder
Vom „gefallenen Mädchen“ zum „absoluten Verstehen“. Sexualität und Sexualmoral im Wandel
 - 1.2 Gestalten, normieren, verklären. Die Kirchen in Politik und Gesellschaft
Religion und Politik. Traditionen und Dispositionen der christlichen Kirchen
Religion in der entstehenden Bundesrepublik. Die „hinkende Trennung von Kirche und Staat
Entkonfessionalisierung und Pluralisierung. Christen in Gesellschaft, Politik und Parteien
 - 1.3 Glaubensverkündigung und Pastoral vom Kriegsende bis zum Beginn der 1960er Jahre
Neuaufbrüche nach Kriegsende? „Rechristianisierung“ und Schulddiskussion
Alte Antworten auf neue Fragen. Theologie und Kirchenorganisation
Der Ruf nach der Jugend. Vom „Neuaufbruch“ zum „Klimasturz“
Die Nachkriegszeit und ihr Ende. „Rechristianisierung“ als Ideal und Chimäre
2. Vom Aufbruch und vom Absturz in die Nachmoderne. Das religiöse Feld in den sechziger und siebziger Jahren
 - 2.1 Die christlichen Religionsgemeinschaften in den 1960er und 1970er Jahren
„Warum treten Sie nicht aus der Kirche aus?“ Die Kirchenkrise und ihre öffentliche Thematisierung
Christen in den 1960er Jahren. Identitätsbildung mit, neben und ohne Religion
Frei machen. Konflikte um Sex, Familie und Autorität
 - 2.2 Politisierung und Pluralisierung. Religion, Politik und Gesellschaft in den 1960er und 1970er Jahren
Glaube in der Politik? Staat, Parteien und Kirchen in der Diskussion
Politik im Glauben? Schwangerschaftsabbruch und Schutz des ungeborenen Lebens als Exempel
1968 in den Kirchen. Polarisierung und Pluralisierung
 - 2.3 Vom „Höllengefeuer“ zur „allumfassenden Liebe“. Religiöse Sozialformen und transzendente Sinnstiftung im Wandel
Das Zweite Vatikanum. Ein „Konzil der Kirche über die Kirche“ und seine Rezeption

Kirchentage und kirchliche Akademien. Form- und Funktionswandel innerkirchlicher Öffentlichkeit

Das „Ende der Hölle“ und die „Gott ist tot“-Theologie. Neue Konzepte und Formen von Kirche und religiösem Leben

Traditionsabbruch und Transformation in den langen sechziger Jahren

3. Aus Kirche wird Religion. Brüche und Veränderungen im religiösen Feld bis heute

3.1 Der Glaube im Leben. Diffusion und Differenzierung des religiösen Feldes

Die mediale Entgrenzung der Religion. Kirchenkrise und individuelle Religiosität

Eine „spirituelle Revolution“? Sinnsuche in neureligiösen Formen

Die Nicht-Religiösen – Zum Porträt einer (fast) unbekannten Gruppe

3.2 Auf dem Weg zu einer multireligiösen Gesellschaft? Pluralität als Herausforderung

Gekommen um zu bleiben. Der Islam in Deutschland

Zwischen Desinteresse, Furcht und Konkurrenz. Die deutsche Gesellschaft und der Islam

Jüdisches Leben in Deutschland

3.3 Auf dem Weg in eine entchristlichte Gesellschaft?

Sonderfall Ostdeutschland? Die Entwicklung des religiösen Feldes in der DDR und in den neuen Bundesländern

Vom Ende der „Priesterkirche“. Neue Rollen und Strukturen im religiösen Feld

Neue Formen der religiösen Selbstverortung in, neben und außerhalb der Kirchen

Gott in Deutschland – Rückblick und Ausblick

Informationen zum Autor:

Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting auf den Seiten des Exzellenzclusters

www.religion-und-politik.de/personen/antragsteller/grossboelting.html

Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting im Forschungsinformationssystem der WWU Münster

www.uni-muenster.de/forschungaz/person/7944

Kontakt:

Sarah Batelka

Zentrum für Wissenschaftskommunikation
des Exzellenzclusters „Religion und Politik“

Johannisstraße 1-4

48143 Münster

Tel.: 0251/83-23376

Fax: 0251/83-23246

religionundpolitik@uni-muenster.de

www.religion-und-politik.de

Wenn Sie Pressemitteilungen des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ nicht beziehen wollen, mailen Sie bitte an religionundpolitik@uni-muenster.de

Der Exzellenzcluster „Religion und Politik“ der WWU Münster

Im Exzellenzcluster „Religion und Politik“ der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (WWU) forschen rund 200 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus mehr als 20 geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern und 14 Ländern. Sie untersuchen das komplexe Verhältnis zwischen Religion und Politik von der Antike bis zur Gegenwart und von Lateinamerika über Europa bis in die arabische und asiatische Welt. Es ist der bundesweit größte Forschungsverbund dieser Art und von den 43 Exzellenzclustern in Deutschland der einzige zum Thema Religionen. Bund und Länder fördern das Vorhaben im Rahmen der Exzellenzinitiative von 2012 bis 2017 mit 33,7 Millionen Euro.

II. Medienresonanz auf Pressearbeit zum Buch „Der verlorene Himmel“

Rezensionen

Quelle	Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.05.2013
Seite	26
Nummer	121
Ressort	Feuilleton
Seitentitel	Feuilleton
Serientitel	Neue Sachbücher

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Neue Sachbücher

Der Konfessionslose, das unbekannte Wesen

Das Christentum als ein Anbieter unter vielen: **Thomas Großbölting** kennt die jüngere Geschichte des Glaubens in Deutschland - und weiß, wo nicht gehandelt wird

Ein christliches Deutschland gibt es nicht mehr, die Zahl der religionspolitischen Konflikte wächst", so beschreibt der Zeithistoriker Thomas Großbölting in seiner Studie "Der verlorene Himmel. Glaube in Deutschland seit 1945" die religiöse Lage im Land. Ziel dieser Studie ist es, nicht nur die beiden großen christlichen Kirchen, sondern alle Formen von Religiosität in den Blick zu nehmen, wobei als wesentliches Merkmal von Religion der Bezug von Immanenz und Transzendenz zugrundegelegt wird.

Das schließt pseudoreligiöse Anhänger-schaften an Popgruppen und Fußballvereine aus, nicht aber alle möglichen Formen von therapeutischer und Patchwork-Religiosität. Dabei analysiert Großbölting die praktizierte Religiosität auf der individuellen Ebene, das Verhältnis von Religion und Gesellschaft sowie den innerkirchlichen Wandel im Blick auf Kirchentage, Weltjugendtage und die jeweiligen theologischen Entwicklungen.

Der Himmel als Metapher für den christlich geprägten Transzendenzbezug begann spätestens in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts verlorenzugehen. Die Zahl der Konfessionslosen wuchs, die Bindung an traditionelle Organisationsformen nahm dramatisch ab. Religiöses Anderssein oder gar Abstinenz waren kein Ausnahmefall mehr, sondern wurden als Möglichkeit persönlicher Lebensgestaltung erkennbar, so die Zeitdiagnose in Kurzform.

Der Forscher des **Exzellenzclusters "Religion und Politik"** der Universität **Münster**, dessen Studium der katholischen Theologie sich in einer deutlich größeren Vertrautheit mit Vorgängen

der katholischen Kirche und Theologie auswirkt, wirft den Kirchen vor, religionspolitisch noch in den fünfziger Jahren zu verharren. Politik und Kirchen unterschätzten den Handlungsbedarf notorisch und nähmen Veränderungen erst wahr, wenn sie als Probleme auftraten, so etwa bei der Abweisung einer vergewaltigten Frau in zwei katholischen Kliniken oder beim Streikrecht für kirchlich Bedienstete.

Ihre Präsenz in Rundfunkräten, die theologischen Fakultäten an staatlichen Universitäten, der Religionsunterricht, die Militärseelsorge und das staatliche Kirchensteuereinzugssystem, die Relikte der Weimarer Verfassung haben dazu geführt, dass die Kirchen in seinen Augen bis heute keine aktive Religionspolitik betreiben. Das System der hinkenden Trennung von Kirche und Staat, das in der Nachkriegszeit entstand, werde von den Kirchen mit Selbstgenügsamkeit hingenommen, obwohl es gegenwärtig immer stärker hinterfragt werde.

Schon 1951 hatte der von Großbölting zitierte Göttinger Staatsrechtler Rudolf Smend festgestellt, dass den Kirchen Freiheitsrechte gewährt worden seien, ohne ihre "gleichzeitige grundsätzliche Begrenzung durch die staatliche Souveränität" zu definieren. Die von Smend geforderte Diskussion um den aus der Weimarer Verfassung übernommenen Artikel 140 des Grundgesetzes blieb jedoch aus.

Um in der gesellschaftlichen Selbstverständigungsdebatte produktiv mitmischen zu können, müssten die Religionsgemeinschaften ihrerseits der Versuchung widerstehen, in eine fundamentalistische Selbstbeschränkung abzugleiten. Stattdessen sollten sie auf Offen-

heit und Dialogfähigkeit der Gesellschaft und anderen Religionen gegenüber setzen. In Anbetracht der Gettoisierungstendenzen in beiden Kirchen ist das eine berechtigte Forderung.

Während einige der Funktionseliten nach 1945 noch auf eine Rechristianisierung setzten und die Kirchen die Lebenspraxis in Familie, Sexualität, Bildung, aber auch Politik vorgaben, haben beide großen Kirchen inzwischen einen erheblichen Bedeutungsverlust erfahren. Auch wenn kirchliches Leben heute gesellschaftlich integriert, gut organisiert und manchmal auch politisch einflussreich sei, wirkten sie als religiöse Anbieter weniger attraktiv denn je: "Das Christentum ist zu einem Anbieter unter vielen für Sinnstiftung und Sonntagsgestaltung geworden."

Während er die protestantische Kirche für potentiell pluralitätsfähiger hält, heißt es über die katholische Kirche, sie halte "weiterhin an einem historisch überkommenen Geschlossenheitsprinzip fest, das ihren Mitgliedern Freiheitsrechte verweigert". Im Jahre 2010 bezeichneten sich schon 37,2 Prozent (das sind etwa 30 Millionen der 81,8 Millionen Einwohner Deutschlands) als konfessionsfrei, was nicht heißt, dass sie areligiös wären. Ganz im Gegenteil: Großbölting teilt die These des Systemikers Friedrich Wilhelm Graf von einer Wiederkehr der Religion.

Er sieht eine stärkere Hinwendung zu religiösen Phänomenen in den Medien, in Fernsehserien über Pfarrer oder Nonnen ist das Christentum dort auch am ehesten präsent, er beschreibt die neue Sichtbarkeit des Islam und nimmt auch die Transformation der jüdischen Gemeinden durch osteuropäische Einwanderer in den Blick. Heute sei nicht

mehr das Judentum die religiöse Minderheit, an der sich die Mehrheitsgesellschaft abarbeite, sondern der Islam.

Zu den gelungensten Kapiteln der materialreichen Studie gehört die Darstellung der unmittelbaren Nachkriegszeit mit all ihren Illusionen, die alle Umbrüche der sechziger Jahre schon in sich trug, aber auch die Beschreibung der ostdeutschen Kirchen. Enttäuschend dagegen bleibt die Analyse der Konfessionslosigkeit. Großbölting will sich mit den gängigen Erklärungen nicht zufriedengeben. Die Säkularisierungsthese allein genügt ihm nicht, um die fortschreitende Entkirchlichung zu beschreiben. Zu Recht beklagt er, dass die Konfessionslosen in allen gängigen religionssoziologischen Studien immer im Modus der Devianz beschrieben wer-

den und nur in den seltensten Fällen zum politischen Thema gemacht werden, doch leider klärt auch dieses Buch nicht wesentlich über das unergründliche Wesen des Konfessionslosen auf. Fragwürdig ist auch, dass moderne Religiosität als individualisiert und nicht auf die Vermittlung durch Priester oder andere Instanzen angewiesen charakterisiert wird. Der direkte Zugang zum Glauben ohne die Heil vermittelnde Zwischeninstanz der Kirche oder des Priestertums gehört zu den zentralen Errungenschaften der Reformation, das ist keine Entwicklung des zwanzigsten Jahrhunderts, auch die Wendung nach innen nicht, die leitend für den Pietismus war.

Seltsam unentschieden bleiben auch die Zukunftsvisionen für die großen Kir-

chen. "Die besondere Mischung von Auszehrung und Fragmentierung im Innern und der breite Schwund von gesellschaftlicher Verankerung lassen keine gute Zukunftsprognose für die volksskirchlichen Strukturen zu", schreibt Thomas Großbölting einerseits, glaubt aber dennoch, dass die Religionsgemeinschaften einen wichtigen Beitrag zum Zusammenhalt der Gesellschaft leisten könnten, wenn sie nicht in die Selbstabschottungsfalle geraten.

HEIKE SCHMOLL

Thomas Großbölting: "Der verlorene Himmel". Glaube in Deutschland seit 1945.

Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2013. 320 S., Abb., geb., 29,99 [Euro].

Autor: Graf, Friedrich Wilhelm [I1337222]
Seite: 14
Ressort: Literatur

Quellrubrik: Buchkritik
Auflage: 429.942 (verbreitet)
Reichweite: 1,47 (in Mio.)

Nenn's Glück, Herz, Liebe, Gott

In der ersten umfassenden Religionsgeschichte Deutschlands nach 1945 wirft **Thomas Großbölting** ein erhellendes Licht auch auf diffuse Verhältnisse

Vor knapp sechzig Jahren, im Juni 1953, kommt es im unterfränkischen Ochsenfurt zu einem vielsagenden Religionskonflikt. Die größte Zuckerfabrik des Landes soll auch mit kirchlichem Segen eingeweiht werden. Katholiken und Protestanten halten zunächst in je eigenen Kirchen getrennt Gottesdienst. Als der Würzburger katholische Bischof Julius Döpfner und der evangelisch-lutherische Kreisdekan Wilhelm Schwinn die neue Fabrik dann gemeinsam einweihen sollen, erklärt Döpfner, keine Weihhandlung vornehmen zu können, wenn auch der evangelische Geistliche im Talar, seiner Amtstracht also, auftrete. Der Kreisdekan sagt daraufhin seine Teilnahme entrüstet ab und verlässt den Ort. Die Gnostädter Reitereskorte, die ihn von der Kirche zur Fabrik begleiten sollte, kann nur mit großer Mühe und polizeilichem Druck von einem Tumult abgehalten werden. Döpfners Einzug wird durch lautstarke Protestrufe gestört. Ein evangelischer CSU-Bundestagsabgeordneter kündigt erregt Konsequenzen für den Bischof an.

Der in der Presse heftig und lange diskutierte Vorfall lässt die starken konfessionellen Gegensätze erkennen, die öffentliches Leben und Politik in der frühen Bundesrepublik tief prägten. Er zeigt freilich auch, wie sehr sich die religionskulturellen Verhältnisse im Lande gewandelt haben. Kein neues Feuerwehrhaus in irgendeinem fränkischen Ort, das in den letzten Jahren nicht in ökumenischem Ritualkonsens seinen Segen erhalten hätte. Bisweilen stiehlt die junge protestantische Pfarrerin dann dem sehr viel älteren katholischen Kollegen die Glaubensshow.

Thomas Großbölting, ein jüngerer Zeithistoriker aus Münster, hat es gewagt, die erste umfassende Religionsgeschichte Deutschlands seit 1945 zu schreiben. Neben den vielen Akteuren der religiösen Mehrheitsgesellschaft, also den Protestanten und Katholiken, treten auch selbstbewusste Juden und

um ihre Anerkennung kämpfende Muslime auf. Großbölting zeigt den starken Gestaltwandel der deutschen Religionskultur zudem an den neuen Propheten alternativer Religion, den Buddhismusimporteuren, Esoterikern, New-Age-Gläubigen und Bachblütentee-Zelebranten. Neben den Vertretern religiöser Organisationen, etwa den Bischöfen und kirchlich engagierten Politikern, kommen auch die vielen "einfachen Leute" mit ihrem gelebten Glauben in den Blick.

Die katholischen Milieus und ihre Diskurse kennt Großbölting ungleich besser als protestantische Lebenswelten. Auch unterschätzt er die Prägestkraft mancher Debatten in der akademischen Theologie für die Kirchenpolitik und das Selbstverständnis kirchlicher Funktionsebenen. Doch überzeugt Großböltings Entwurf durch kluge methodische Entscheidungen, trennscharfe Begriffe und souveräne Kenntnis der Debatte. Die für alle Religionsgeschichtsschreibung entscheidende Frage, was denn "Religion" überhaupt sei und wie sich von anderen kulturellen Phänomenen und dem politischen Feld abgrenzen lasse, beantwortet der Autor elegant und überzeugend: Er nimmt als Religion ernst, was fromme Leute zu einer bestimmten Zeit an einem bestimmten Ort jeweils darunter verstanden haben. Die ubiquitäre Entleerung des Religionsbegriffs von der "ganzheitlichen" Wellness-Massage bis hin zum Kult des "Fußballgotts" auf Schalke wird so geschickt vermieden.

Die Religionsgeschichten der Moderne wurden gern als Verfallsgeschichten geschrieben. Früher, in guten alten Zeiten, waren die Menschen gottesfürchtig und gingen am Sonntag in die Kirche. Jetzt aber, in der Moderne, sind sie gottfern, säkularisiert, nur auf Geld, Konsum und Lebensgenuss aus. Großbölting durchbricht solche unhistorisch naiven Deutungsmuster, indem er religiöse Akteure nicht einfach als Opfer irgend-

welcher gesamtgesellschaftlicher Megatrends wie Modernisierung, Säkularisierung, Verwissenschaftlichung etc. sieht, sondern ihren eigenen hohen Anteil am Gestaltwandel der Gesellschaft und speziell der Sozialformen von Religion betont.

Gerade für die religionskulturell überaus erfolgreiche "Lebensstilrevolution" der "langen 1960er Jahre" kann er zeigen, wie sich in den Kirchen selbst ein ganz neuer "religiöser Code" durchsetzte: Predigten in den 1950er Jahren zumeist autoritäre Kleriker über "Heil und Himmel, Hölle und Verdammnis", so wird auf den Kanzeln nun gern von "Liebe", "Verletzung" und anschließend der "Heilung" geredet. Nicht mehr das treu seinem "Hirten" ergebene, dem verbindlichen Dogma des Lehramts folgende "Schaf" wird zum Adressaten der katholischen Pastoral, sondern "der Suchende", der sich aus unterschiedlichen religiösen Traditionen sein ganz eigenes Gottesbild zusammenbastelt. Viele vormals sehr enge Bande zwischen den Kirchen und der Gesellschaft wurden nun gekappt. Zu den großen Vorzügen von Großböltings Sicht auf die 1960er Jahre gehört die Bereitschaft, statt der üblichen Schwarz-Weiß-Bilder vom dramatisch schnellen Traditionsbruch viele Grau-in-Grau-Schattierungen von widersprüchlicher Ambivalenz und Vieldeutigkeit nachzuzeichnen. Dabei zitiert er einen autobiographischen Text Herbert Riehl-Heyses, des großen Redakteurs dieser Zeitung, über seine katholische Jugend im wichtigsten bayerischen Wallfahrtsort: "In Altötting haben wir bei der Lichterprozession ‚Maria zu lieben‘ gesungen; und dann haben wir im Cafe R. bis spät in die Nacht hinein den Musikautomaten mit dem Wunsch nach dem immer selben Song gefüttert, damit Mr. Frank Sinatra der Kellnerin Rosi klarmachte, daß die Lady ein Tramp sei. Wenn uns endlich der amtierende Liebhaber der Kellnerin Rosi gewaltsam hinausgewor-

fen hat, nannten wir ihn eine blöde Sau und gingen vielleicht dafür zum Beichten. Es hat alles prima zusammengepaßt." Auch der oberbayerrische Katholik ist eben aus krummem Holz geschnitzt.

Die führenden Funktionäre der christlichen Kirchen in Westdeutschland, stark unterstützt von den drei westlichen Besatzungsmächten, entwickelten nach dem Ende des Krieges vielfältige Phantasien einer umfassenden Rechristianisierung der deutschen Gesellschaft. Als "Siegerin in Trümmern" sicherte sich "die Kirche" erheblichen Einfluss in allen möglichen gesellschaftlichen Institutionen, etwa in den Rundfunkkräten, und beide Volkskirchen suchten ihre Vorstellungen guten Lebens auch mithilfe des Gesetzgebers durchzusetzen. Ihre Klerikalmacht nutzten sie im deutschen Sozialstaatskorporatismus nicht zuletzt dazu, durch intensiven Lobbyismus für Caritas und Diakonie vielfältige Privilegien gesetzlich festzuschreiben. Zwar blieb ihr Einfluss auf die Ausgestaltung der Institutionenordnung des "rheinischen Kapitalismus" sehr viel geringer, als sie sich in ihren Interdebatten über den Einfluss der "katholischen Soziallehre" und des lutherischen Gemeinwohlethos auf die soziale Marktwirtschaft selbst einredeten. Doch gewannen sie großen Einfluss in Bildungsdebatten und im Moraldiskurs über Ehe, Familie und Sexualität. Allerdings wurden schon in der Adenauer-Zeit Bruchlinien deutlich. Die meisten Westdeutschen blieben zwar in der Kirche, entwickelten aber ihre je eigenen "Privatchristentümer", die auch deutlich

bekundete Distanz zur kirchlichen Institution einschlossen.

Besonders spannend ist das dritte große Kapitel über die Brüche und Veränderungen im religiösen Feld von den frühen 1980er Jahren bis heute. Hier setzt sich Großbölting implizit mit der von Callum Brown am Beispiel Großbritanniens vertretenen These auseinander, dass man für diverse europäische Gesellschaften inzwischen vom "Tod des Christentums" reden müsse. In der Tat lassen sich vielfältige Indizien weiter fortschreitender und sich wohl beschleunigender Entkirchlichung finden. Inzwischen treten mehr Katholiken als Protestanten aus ihrer Kirche aus, und die Zahl der "Konfessionsfreien" nimmt kontinuierlich zu. Diese mit prägnanten sozialstatistischen Daten belegte "Kirchenkrise" bedeutet aber kein generelles Ende des europäischen Christentums. Ans Ende gelangt sei nur eine bestimmte, kontingente Sozialform des Religiösen, in der gelebter Glaube und Kirchlichkeit in historisch außergewöhnlich hohem Maße weithin identisch waren. Seit den 1970er Jahre lasse sich demgegenüber eine vielfältige Individualisierung religiösen Sinnglaubens beobachten. Die Pluralisierung des religiösen Feldes durch osteuropäische Juden und muslimische Einwanderer habe aber auch ein neues Kulturchristentum gestärkt, nicht ohne islamophobe Begleittöne.

Nach wie vor sind die beiden großen christlichen Kirchen die wichtigsten Organisationen religiöser Lebensdeutung in Deutschland. Aber sie sind in der hohen Vielfalt der in ihnen zu fin-

denden religiösen Strömungen und politischen Positionen äußerst plurale Organisationen geworden, deren "Konsensfassaden" zunehmend bröckeln. Da liegt die Gefahr nahe, sich den christlichen Konsens, den man nicht mehr durch dogmatische Lehre oder tradierten Ritus definieren kann, durch ausgrenzende Negation anderer zu beschaffen. In keiner anderen europäischen Gesellschaft denken die Menschen so schlecht über den Islam und die Muslime wie in Deutschland: Mehr als jeder zweite Deutsche gibt an, eine negative Einstellung zu den Muslimen zu haben. Nach Großbölting tragen dafür auch die Kirchen im Lande Verantwortung. Ein Imam hat noch kein fränkisches Feuerwehrauto mitweihen dürfen. Aber er sollte es auch gar nicht tun wollen. Jedenfalls lehrten die Reformatoren einst, dass man Menschen segnen, aber nicht Objekte weihen soll. Zur ökumenischen Diffusität der unübersichtlich gewordenen religiösen Verhältnisse gehört es, dass dies in Bayern selbst lutherische Regionalbischöfe und -bischöfinnen nicht mehr wissen. Desto besser ist es, dass Thomas Großbölting auch auf diffuse Glaubensverhältnisse ein erhellendes Licht wirft.

FRIEDRICH WILHELM GRAF

Die Kirche war die "Siegerin in Trümmern" und gewann erheblichen Einfluss

Die Versuchung liegt nahe, sich den christlichen Konsens durch Ausgrenzung zu verschaffen

Abbildung:

Die meisten Westdeutschen blieben zwar in der Kirche, entwickelten aber ihre je eigenen "Privatchristentümer" - Im Kölner Dom, am frühen Morgen. FOTO: REGINA SCHMEKEN

Abbildung:

Thomas Großbölting: Der verlorene Himmel. Glaube in Deutschland seit 1945. Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2013. 320 Seiten, 29,99 Euro.

Urheberinformation:

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten - Süddeutsche Zeitung GmbH, München

KIRCHE:

Es bleibt ein Häuflein selbstgewisser Aufrechter

Die Pille danach oder die Homo-Ehe: Die Kirchen katapultieren sich ins gesellschaftliche Abseits. Kein Zufall, sondern eine jahrzehntelange Entwicklung. von Hermann Horstkotte

Aktualisiert 26. Februar 2013 17:15 Uhr

Heute ist fast jeder Fünfte in den westdeutschen Bundesländern konfessionslos. Noch viel weniger Gläubige gibt es in der ehemaligen DDR mit ihrer atheistischen Leitkultur: Zwei von drei Ostdeutschen gehören keiner Religionsgemeinschaft an.

Demgegenüber bekannten sich nach dem Zweiten Weltkrieg, vor rund 70 Jahren, noch 95 Prozent der Deutschen als Christen. Mit dem Schwund, der sich in Zahlen äußert, geht ein fortschreitender Bedeutungsverlust der christlichen Lehre in der Gesellschaft einher. Das zeigt der Münsteraner Geschichtspräsident Thomas Großbölting in seinem neuen Buch *Der verlorene Himmel. Glaube in Deutschland seit 1945* (Verlag Vandenhoeck & Ruprecht 2013). Dabei ist der 1969 geborene Autor keineswegs ein missgünstiger Betrachter, er hat vielmehr selbst auch katholische Theologie studiert.

Wie sehr die beiden großen Kirchen aus der Mitte an den Rand des gesellschaftlichen Konsenses gerückt sind, erweist sich derzeit etwa an der Empörung über katholische Krankenhäuser, die vergewaltigten Frauen eine Pille danach verweigerten und auch weiterhin keine Abtreibung, höchstens eine Notverhütung unterstützen dürfen.

Im Falle gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften sträuben sich auch evangelische Landeskirchen gegen die Gleichstellung mit Ehepaaren, trotz gegenteiliger Ermahnungen des Bundesverfassungsgerichts.

Aus vielen Lebensbereichen haben sich die Kirchen seit Mitte des vorigen Jahrhunderts mehr und mehr zurückgezogen, so während des Wirtschaftswunders und nachfolgender Wirtschaftskrisen vor allem aus der Sozialpolitik. Bezeichnend für den resignativen Standpunkt gegenüber der "profan" gewordenen Politik überhaupt ist beispielsweise der Rat des Kölner Erzbischofs Joachim Meisner, die CDU möge auf das große C im Namen verzichten.

Die Illusion von der heiligen Familie

Dass sich die Kirchen aber nach wie vor ausgerechnet in Fragen der Sexualmoral stark zu Wort melden, erklärt Historiker Großbölting aus andauernden Nachkriegsträumen. Nach dem Zusammenbruch der Naziherrschaft betrachteten die Bischöfe die Familie als "Kirche im Kleinen" und tragendes Fundament und Vorschule einer besseren Gesellschaftsordnung.

Dabei war noch bis in die fünfziger Jahre die "Hausfrauenehe" der Normalfall. Erst 1958 wurde die Rechtsgleichheit von Mann und Frau in der Bundesrepublik Gesetz. Und erst seit gut 30 Jahren, genau seit 1977, darf die Ehefrau offiziell auch ohne Einverständnis ihres Mannes berufstätig sein.

Mit den vormaligen und inzwischen längst überlebten Regelungen und Selbstverständlichkeiten sind die meisten Kirchenoberen von heute aber noch in ihrem christlichen Elternhaus aufgewachsen. Für sie war der soziale Wandel ein schwieriger Lernprozess – nicht nur mit den Neuerungen in der Arbeitswelt, sondern gerade auch im modernen Familien- und Sexualleben: 1960 kam die Antibabypille auf den Markt – woraufhin der Papst 1968 mit der "Pillenzyklika" gegen die künstliche Empfängnisverhütung und für das Kinderkriegen reagierte. Der Schwangerschaftsabbruch bleibt seit 1976 straffrei, wenn sich die Frau etwa aus einer "sozialen Notlage" dazu entschließt.

Eine gesetzliche Lebenspartnerschaft von Homosexuellen ist erst seit 2001 möglich. Großbölting fasst zusammen: Spätestens seit den siebziger Jahren "bröckelte die Deutungskraft der Kirchen nicht zuletzt auch in Kindergärten und Schulhöfen, vor allem aber über den Betten der Ehepaare und Nicht-Verheirateten."

Dennoch sind die neuen Lebensstile bis heute gerade auf katholischer Seite immer noch stark umstritten. Jetzt stehen die Kirchen vor der historischen Entscheidung, so der Geschichtspräsident, ob sie zu einem Häuflein von selbstgewissen Aufrechten zusammenschmelzen wollen oder sich als "Anbieter geistiger Serviceleistungen" für ein wählerisches, "eigensinnig gewordenes Publikum" aufstellen.

Fehlende Trennung von Staat und Kirche

Die Herausforderung zu einem neuen Selbstverständnis wird laut Großbölting durch die Privilegien der beiden Großkirchen im Grundgesetz und zahlreiche Vereinbarungen über Steuereinzahlung, Mitsprache in Rundfunk- und Fernsehräten oder beispielsweise auch in staatlichen Ethikkommissionen nur äußerlich verdeckt. Gegen diese unvollständige Trennung von Staat und Kirche habe sich schon 1951 der evangelische Staats- und Kirchenrechtler Rudolf Smend gewandt, wenn gleich vergeblich.

Zudem ruft Historiker Großbölting eine Warnung des Kölner Erzbischofs Joseph Frings auf der Bischofskonferenz von 1952 in Erinnerung: "Dem tatsächlichen Einfluss der Kirche entspricht nicht mehr die glaubensmäßige Substanz. Die alleinstehende Fassade wird nicht immer stehen bleiben." Womöglich eine historische Prophezeiung?

Seite: 021
Ressort: POLLIT
Quellrubrik: POLITISCHE LITERATUR

Nummer: 21734
Auflage: 115.381 (verbreitet)
Reichweite: 0,28 (in Mio.)

Land ohne Himmel

Thomas Großbölting liefert eine lesenswerte Religionsgeschichte der Bundesrepublik

Von Manfred Gailus

Woran und wie glauben die Deutschen heute eigentlich noch? Und kann überhaupt noch von einem "christlichen Land" gesprochen werden? Diese und viele weitere Fragen im Kontext von Glaube, Kirchen und Religion in Deutschland nach der Katastrophe des Nationalsozialismus verfolgt der Münsteraner Historiker Thomas Großbölting in seinem materialreichen Buch, mit dem er zugleich die erste moderne Religionsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland liefert. Die Grundthese ist eindeutig und wenig überraschend: Wer die Glaubensgeschichte der Deutschen im vergangenen Halbjahrhundert untersucht, wird einen eklatanten Bedeutungsverlust des Religiösen vorfinden. Ungeachtet der in jüngster Zeit verbreiteten, modischen Rede von einer angeblichen "Wiederkehr der Religion" kann im Blick auf die vergangenen fünf bis sechs Jahrzehnte der wissenschaftliche Befund nur lauten: eine tief greifende Säkularisierung hat stattgefunden, der einst weithin geglaubte "Himmel" ist verloren gegangen. "Ein 'christliches Deutschland'", so sagt der Autor pointiert in seiner Einleitung, "gibt es nicht mehr." Gleichwohl sind Glaube, Kirchen und Religion nicht aus dem Leben der Deutschen verschwunden, aber sie haben sich insgesamt verdünnt, sie sind mehr an den Rand geraten, und sie sind im Leben der vielen ganz oder weitge-

hend abwesend.

Diese Transformationen des Religiösen schildert der Verfasser in drei Kapiteln mit den angemessenen Differenzierungen: frühe Nachkriegszeit und "Ära Adenauer", eine fast schon archaisch anmutende Zeit, in der die alte christlich-kirchliche Welt noch halbwegs in Ordnung schien; sodann die tiefe Zäsur der "Swinging Sixties", die dynamische Lebensstilrevolution einer jungen Generation mit Beatles, Minirock, Karl Marx und dem rebellischen Zeitgeist von '68. Das war eine bewegte Epoche, die religionsgeschichtlich einen scharfen Abbruch religiöser Sitte und Tradition markierte. Schließlich drittens die jüngsten Jahrzehnte, als sich die kirchlichen Strukturen der beiden großen Konfessionen, die einst das religiöse Monopol besaßen, weiter auflösten und das Land mehr und mehr begann, Konturen einer multireligiösen Gesellschaft anzunehmen. Das unaufhaltsame Anwachsen der "Konfessionsfreien" zu einer dominanten Größe in den Konfessionsstatistiken, die wachsende Präsenz eines islamisch geprägten Bevölkerungsanteils, vielfältig-bunte und oft kurzlebige, neu religiöse Bewegungen gehören zu den prägenden Signaturen der jüngsten Phase. "From Church to Choice", von der im Selbstlauf vererbten Konfessionszugehörigkeit zur individuellen Wahl von Glaube und Konfession - so ließe sich dieser dramatische Wandel charakterisieren.

Man wird den im Detail sehr viel differenzierter vorgetragenen Grundlinien dieses lesenswerten, flüssig geschriebenen Buches kaum widersprechen wollen. Unübersehbar ist freilich die katholische Brille, die der Autor nun einmal trägt und die bewirkt, dass manche Dauerprobleme und auch offenkundig Skandalöses im katholischen Kirchenmilieu allzu glimpflich davongekommen. Dass ein Name wie Rolf Hochhuth ("Der Stellvertreter", 1963) in diesem Buch nicht vorkommt, ist kaum zu rechtfertigen. Auch handelt es sich tatsächlich eher um eine Studie über Westdeutschland, die abweichende religiöse Entwicklung im Osten wird nur einmal gegen Ende knapp und insgesamt stiefmütterlich behandelt. Überdies wird der lange Schatten des Nationalsozialismus und namentlich die problematische kirchliche Performance beider Großkonfessionen 1933-1945, ein abgedunkelter Komplex, der jahrzehntelang schwer lastend über beiden Nachkriegskirchen lag und teilweise noch liegt, viel zu wenig berücksichtigt. Gleichwohl kann dieser erste Versuch einer umfassenden Religionsgeschichte der Deutschen seit 1945 als gelungen gelten und als gut informierende Übersichtlektüre empfohlen werden.

- Thomas Großbölting: Der verlorene Himmel. Glaube in Deutschland seit 1945. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2013. 320 Seiten, 29,99 Euro.

DIE WELT vom 28.03.2013

DIE WELT

Autor: Thomas Großbölting
Seite: 2 bis 2
Ressort: FORUM
Quellrubrik: Essay
Seitentitel: DWBE-HP

Ausgabe: Allgemeine Ausgabe
Jahrgang: 2013
Nummer: 74
Auflage: 203.236 (verbreitet)

Wer ist noch Christ?

Die Zahl der Deutschen, die einer der beiden Großkirchen angehören, schrumpft. Das Christentum verliert an Wirkung in der gesellschaftlichen Selbstverständigung

Thomas Großbölting

Auch wenn viele es nicht wahrhaben wollen: Deutschland ist längst kein dominant christliches Land mehr. Spätestens um 2025 wird weniger als die Hälfte der Deutschen der katholischen oder der evangelischen Kirche angehören. Der Trend ist selbst dann nicht zu stoppen, wenn ab heute niemand mehr aus den Kirchen austritt. Die Gemeinden überaltern; die Bereitschaft, sein Kind taufen zu lassen, nimmt rapide ab. Und dass angesichts der jüngsten Kirchenskandale der Frust insbesondere unter den Aktiven wächst, ist hinlänglich bekannt.

Weltanschauungen und Mentalitäten ändern sich nur langsam. Im Fall des Christentums scheint diese Regel außer Kraft gesetzt. In drei bis vier Generationen, also in erstaunlich kurzer Zeit, beobachten wir eine tiefgreifende Entkirchlichung: In der Bundesrepublik der 50er-Jahre waren noch über 95 Prozent der Bevölkerung Mitglied einer der beiden christlichen Großkirchen. Heute stellen Katholiken und Protestanten einen Anteil von jeweils unter 30 Prozent der Bevölkerung. Die etwa vier Millionen islamischen Mitbürger fordern die Christen in Deutschland deshalb so stark heraus, weil sie oft religiös aktiver sind als ihre christlichen Pendanten. Der große Trend ist aber nicht Pluralisierung, sondern Schrumpfung des religiösen Feldes. Und stark wächst die Zahl derjenigen, die gar keiner Religionsgemeinschaft angehören: Die Zahl der Konfessionslosen schnellte zunächst mit der Wiedervereinigung in die Höhe. 1990 stieg deren Anteil von circa 10 auf 20 Prozent. Aber auch danach wuchs diese Gruppe kontinuierlich, aktuell umfassen sie circa 35 Prozent. Wären

die "Konfessionsfreien" eine Kirche, dann wäre es die größte in Deutschland. Hinter der Statistik verbirgt sich eine noch gravierendere Veränderung: Die Wirkung des Christentums auch in der gesellschaftlichen Selbstverständigung nimmt massiv ab. Noch in der frühen Bundesrepublik waren weite Teile der Bevölkerung stark christlich eingebunden. Kirchliche Weltdeutungen prägten die allgemeinen Anschauungen, das Leben vieler folgte dem Rhythmus des Kirchenjahres, Pfarrer predigten ihren Gemeinden Wahlempfehlungen von der Kanzel. Dieser Zusammenhang hat sich weitgehend gelöst.

Ein Blick in die Nachkriegsgeschichte hilft, diese Entwicklung zu verstehen: Wo sich dieser Trend in der ehemaligen DDR auf die religionsfeindliche Politik der Einheitssozialisten zurückführen lässt, da ereignete sich die Entkirchlichung im Westen unter vermeintlich besten Bedingungen für die katholische und die evangelische Kirche. Große Teile der Eliten in Staat, Gesellschaft und den Kirchen starteten in die Bundesrepublik mit dem Ziel einer umfassenden Rechristianisierung der Gesellschaft. Den politischen und moralischen Zusammenbruch 1945 suchte man durch die Rückbesinnung auf das Christentum zu überwinden. Insbesondere die katholische Kirche galt als "Siegerin in Trümmern" und rückte ebenso wie die evangelischen Landeskirchen nahe an den Staat und seine Institutionen heran. Die Kirchen mischten in den staatlichen Schulen und Hochschulen ebenso mit wie in den Aufsichtsgremien der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Vor allem die freie Wohlfahrtspflege war auf die Belange von Caritas und Diakonie zugeschnitten. In Sachen Familie, Ehe

und Sexualität, Erziehung und Bildung gingen politische Ordnungsbestrebungen und religiöse Überzeugungen Hand in Hand. Der staatliche Kirchensteuereinzug garantierte einen hohen und kontinuierlichen Geldfluss. Im Gegenzug lieferten die Kirchen dem Gemeinwesen das weltanschauliche und moralische Rüstzeug. Kirchenintern bezeichnete man sich selbst gerne **s e l b s t i r o n i s c h a l s " B u n d e s w e r t e a g e n t u r "**. Diese Konstellation der 50er-Jahre war allenfalls kurzfristig eine Win-Win-Situation. Mit Blick auf heute erscheint die enge Verflechtung eher als Problem, und zwar für alle Beteiligten! Aufseiten des Staates blockiert die enge Bindung an die christlichen Kirchen eine faire Religionspolitik. Das Gros der Muslime in Deutschland bewegt sich auf dem Boden des Grundgesetzes und verdient damit genau so viel staatliche Anerkennung und Unterstützung, wie es die christlichen Kirchen erfahren. Aufseiten der Kirchen geht die enge Anlehnung an den Staat mit einer inneren Auszehrung einher: Generell sind Religionsgemeinschaften dann besonders erfolgreich, wenn sie an die drängenden Diskussionen und Problemlagen der Gesellschaft anschließen können, ohne dabei ihr eigenes Profil - die Bindung an Gott - unkenntlich werden zu lassen. Anscheinend klemmt es gerade hier: Wenn aktuell mit Blick auf die Familienpolitik oder in Debatten über die nationale Identität das Christentum beschworen wird, dann haben diese Bezüge mit der biblischen Botschaft Christi meist nur noch den Namen gemein. Das Läuten von Kirchenglocken gilt dann nur noch als Traditionselement, aber nicht als Einladung

zum Gottesdienst. Das weitverbreitete gefühlige Kulturchristentum ist für religiös Suchende kaum attraktiv, die allgemeine Etabliertheit und Finanzkraft verdecken die spirituelle Ausstrahlung. Ein treffendes Beispiel sind Caritas und Diakonie: Was im 19. Jahrhundert als Modell christlicher Nächstenliebe weit in die Gesellschaft hineinwirkte, ist heute zu einem System von Sozialkonzernen geworden. Von der profanen Konkurrenz unterscheidet man sich nur noch dadurch, dass man die Mitarbeiter rigide reglementiert. Christlich ist das nicht.

Als Benedikt XVI. bei seinem Deutschlandbesuch 2012 die "Entweltlichung" der Kirche forderte, haben die deutschen Bischöfe diesen Anstoß schnell als ein Missverständnis beiseitegeschoben. Der neue Papst Franziskus hat schon in den ersten Tagen seiner Amtszeit den Begriff erneut aufgegriffen und mit einer klaren Richtungsangabe verbunden, wenn er sich eine "arme Kirche für die Armen" wünschte. Ob solche Worte das ebenso gut situierte wie leblos auftretende Christentum in Deutschland aufrütteln? Not tut das allemal: In der Diskussion über die Werte und Vor-

stellungen unserer Gesellschaft werden die Interventionen der Christen dringend gebraucht.

Das Läuten von Kirchenglocken gilt nur noch als Traditionselement, aber nicht als Einladung zum Gottesdienst

Der Autor ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Münster. Zuletzt erschien von ihm "Der verlorene Himmel. Glaube in Deutschland seit 1945" (Vandenhoeck & Ruprecht 2013)

Fotograf: picture alliance/ dpa/ Hans-Joachim Rech
Fotograf: dpa Picture-Alliance / Hans-Joac
Urheberinformation: (c) Axel Springer AG

Kirche zwischen Himmel und Hölle



Das umstrittene Bischofshaus in Limburg: Die Kirche muss die 1950er Jahre verlassen.

Foto: dpa

Von Thomas Großbölting

Der Fall Tebartz-van Elst ist ein Symptom für das überholte Selbstverständnis der katholischen Kirche. Es geht um die unreflektierte Nähe zur staatlichen Macht und um Würdenträger, die sich wie Monarchen aufführen. Ein Gastbeitrag.

30 Millionen Euro – dieser Betrag steht für den Bau der Limburger Bischofsresidenz im Rom. Eine solche Summe für einen solchen Zweck ist zweifelsohne einiges der Aufregung, die in den vergangenen Wochen über die katholische Kirche hinweg ging. Zwar nehmen die Deutschen es mit erstaunlich großem Gleichmut hin, wenn am Berliner Flughafen, am

Stuttgarter Hauptbahnhof oder in der Hamburger Elbphilharmonie viel höhere Summen von Steuergeldern versenkt werden. Doch die Vorgänge um den Limburger Oberhirten Franz-Peter Tebartz-van Elst boten die einmalige Chance, einen Skandal zu personalisieren und moralisierend aufzuladen. Wasser predigen und Wein trinken – diese Haltung konnte man dem Bischof umso besser vorwerfen, da sein oberster Dienstherr Papst Franziskus einen ganz anderen Stil verkörpert.

Es wäre ein Fehler, den Konflikt dann ad acta zu legen, wenn in der Personalie Tebartz-van Elst eine – wie auch immer beschaffene – Lösung gefunden sein wird. Allen persönlichen Fehlern zum Trotz ist der Limburger Bischof nicht allein die Ursache für die unruhigen Zeiten, vielmehr ist er eher Symptom. In vielem liegt der Bischof ganz auf der Linie dessen, was die Amtspraxis eines Bischofs wie auch das Selbstverständnis der katholischen Kirche in Deutschland vorgeben. Ein überhöhtes Priesterbild und eine sich selbst sakralisierende Hierarchie sind ebenso Teil dieses Strukturproblems wie eine unreflektierte Nähe zur staatlichen Macht, die den Stil so manchen Amtsträgers prägt.

„Hinkende Trennung“ von Kirche und Staat

In ihrem öffentlichen Auftreten und in ihrer Vernetzung in die Gesellschaft hinein agieren Teile der Kirche und ihrer Leitung weiterhin so, wie es seit der Formierungsphase der Bundesrepublik vorgeprägt war. Es sind die Strukturen, die mit den 1950er Jahren angelegt wurden, die heute zum Problem werden. Zwei Bereiche stechen mit Blick auf den Limburger Bischof besonders hervor: die sogenannte „hinkende“ Trennung von Kirche und Staat wie auch das besondere Selbstverständnis des höheren Klerus.

Aus organisatorischer Sicht legte die katholische Kirche nach 1945 einen fulminanten Start hin. Im besiegten Deutschland galt insbesondere den Eliten einer tief in den Nationalsozialismus verstrickten Gesellschaft die katholische Kirche als „Siegerin in Trümmern“. Im Gegensatz zum innerlich zutiefst zerrissenen Protestantismus hatte die katholische Kirche den Nationalsozialismus vermeintlich unbeschadet überstanden. Wo, wenn nicht aus ihren Reihen sollten die Ressourcen zu einem geistigen Neuanfang kommen?

Diese Rechristianisierungseuphorie fand rasch auch eine politische Grundlegung: 1949 übernahmen die Mütter und Väter des Grundgesetzes die Kirchenartikel der Weimarer Verfassung. In der politischen Praxis füllte man dieses Gesetzeswerk aber wesentlich kirchenaffiner und etablierte eine „hinkende Trennung“ von Kirche und Staat. Beide Konfessionen wurden breit eingebunden in die Beaufsichtigung der öffentlich-rechtlichen Medien, in den Lehrbetrieb an Schulen und Hochschulen und in den immer größer werdenden Sozialmarkt von

Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. Praktisch setzte die Politik darauf, dass die Grundvorstellungen staatlichen Zusammenlebens sich mit den religiösen Überzeugungen deckten.

Mangelnde religiöse Ausstrahlung

Bis in die 1980er Jahre hinein begegnete diese Haltung auch in den Kirchen selbst, wenn man sich mindestens intern zur „Bundeswerteagentur“ stilisierte. Aller ironischen Brechung zum Trotz drückte sich in dieser Selbstbezeichnung auch die Überzeugung aus, dass es ohne das Zutun der Kirche wohl nicht geht, sondern Staat und Gesellschaft auf die Religion angewiesen sind.

Diese Selbstverständlichkeit trägt im Stil bis heute so manchen Würdenträger und ist doch hoch fragil, wie die Diskussion um die Staatsleistungen, aber auch andere Verflechtungen aktuell zeigen. Die enge Verbindung mit dem Staat, die den Kirchen in den 1950er Jahren noch zum Vorteil gereichten, werden in einer mehr und mehr säkularen wie auch stärker multireligiösen Gesellschaft zum Bumerang und als unstatthafte „Privilegien“ infrage gestellt.

Was man über Jahrzehnte als selbstverständlich hingenommen hat, kann die Kirche heute nicht mehr plausibel begründen. So erscheint der Katholizismus heute zwar als gut organisiert und ausfinanziert. Aber religiöse Ausstrahlung geht von diesem Arrangement kaum aus. Wäre es da nicht angebracht, auch kirchenintern über den Status als starke und staatsnahe Institution nachzudenken?

"Unterschied wie zwischen Himmel und Erde"

Der Hoffnung auf einen religiösen Frühling nach dem Zweiten Weltkrieg entsprang auch ein ganz bestimmtes Bild des Klerus und der Kirchenhierarchie. „Zwischen einem Priester und einem rechtschaffenen Laien sollte ein Unterschied sein wie zwischen Himmel und Erde“, so rief der Münsteraner Bischof Michael Keller seinen Priesterkandidaten in den 1950er Jahren zu. Erhabenheit, Größe, heilige Berufung und Sendungsbewusstsein sollten den Priester auszeichnen. In der Bezeichnung „Hochwürden“ verdichtete sich diese Stilisierung und fand in den weitgehend intakten christlichen Milieus der Nachkriegszeit ihre soziale Basis.

An der Basis der Gemeindegarbeit ist dieses Rollenbild des Pfarrers lange verloren. Theologisch stellte das Zweite Vatikanum der besonderen Stellung des Klerikers das gemeinsame Priestertum aller Gläubigen als Volk Gottes an die Seite. In der praktischen Seelsorge war aus dem Oberhirten, der seine Schafe zusammenhält, spätestens in den 1960er Jahren ein religiöser Dienstleister geworden, der seinen zu Kunden und Klienten aufgewerteten Gemeindemitgliedern oftmals vergeblich hinterherlief. Vom Triumphalismus der unmittelbaren Nachkriegszeit ist in den Pfarrhäusern und Seelsorgezentren vor Ort nur noch wenig zu spüren. Mit dem Sozialprestige dieser Profession sank auch die Zahl der Priester und Ordensleute dramatisch. Heute sind es Priester aus den Missionsgebieten von einst, aus Afrika und Asien, die eine pastoral-klerikale Grundversorgung halbwegs aufrechterhalten.

Allenfalls in der kircheninternen Kommunikation wie auch im höheren Klerus scheinen sich hingegen die überkommenen Vorstellungen von alter Herrlichkeit und Macht zu halten. Wer jahrzehntelang ein geschätzter Gesprächspartner der höchsten Kreise in Politik und Gesellschaft war, schlüpft nur schwer wieder in eine dienende Rolle.

Verehrung von Seiten der Traditionalisten

Der mentale Weg von der „Exzellenz“ zum einfachen Bischof ist weit. Dabei sind es in der Regel nicht allein persönliche Ambitionen, sondern auch die Verehrung von Seiten der Traditionalisten, die eine Veränderung schwer machen. Hinzu kommt ein nur allzu bekannter Zusammenhang: Dass Sach- und Machtfragen unmittelbar miteinander verknüpft sind, ist eine alltägliche Erfahrung. Wenn ein Parteifunktionär oder eine Firmenchefin ihre Vorstellungen in einer Sache nicht durchdrücken kann, dann ist auch dessen Autorität in Frage gestellt. Wenn aber die Hierarchie selbst sakral überhöht wird, dann steht eben nicht nur der Bischof als Führungsperson, sondern auch als heiliger Mann in Frage.

Diese enorme Fallhöhe erklärt nicht nur, warum sich die Medien mit besonderer Verve auf den Skandal um den Limburger Bischof stürzten. Zugleich ist die Sakralisierung der Hierarchie auch eine der entscheidenden Modernisierungsblockaden überhaupt. Ein System, das Autorität vor allem aus den Strukturen von Befehl und Gehorsam ableitet, nicht aber aus den Inhalten der eigenen Botschaft, wird in der pluralen nachmodernen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts keine Resonanz finden.

Formen monarchischer Repräsentation

In diesem Sinne ist die Nachkriegszeit lange vorbei. Um weiter erfolgreich von Gott zu sprechen, wird die einstige „Siegerin in Trümmern“ die letzten Schlacken dieser besonderen Sozialform abstreifen müssen. Dazu gehörte es nicht nur, das Bischofsamt symbolisch neu zu kommunizieren. Die Formen monarchischer Repräsentation, die eben nicht allein der kirchlichen Tradition entlehnt sind, sondern sich an der Herrschaftsdemonstration des weltlichen Absolutismus orientieren, gehörten dabei ebenso auf den Prüfstand wie ein neu gefasstes Ideal für die geistigen Berufe.

Auch in der Diskussion um die Kirchenfinanzen und Staatsleistungen sollte die Bischofskonferenz aktiv nach Lösungen suchen und diese auch anbieten. Transparenz ist hier das erste Gebot, möglichst viel Authentizität mit der eigenen Botschaft die generelle Richtschnur. Die Kirchensteuerregelung in Deutschland ist ein für beide Seiten gewinnbringendes Arrangement, welches man nicht in Frage stellen sollte.


Hoffnung Papst Franziskus

Muss man sich aber umgekehrt beim Thema Staatsleistungen von einer Kleinstpartei wie der FDP immer wieder vorführen lassen? Das Festhalten am Etablierten bedeutet in vielen Fällen nicht, dass man die eigene Botschaft unverfälscht erhält, im Gegenteil. Manchmal scheint ein Aufbruch das richtige Signal. Ein historisches Beispiel ist mit der Namenswahl des neuen Papstes wieder zu ganz neuer Aktualität gelangt. Im Mittelalter etablierte Franz von Assisi mit den Bettelorden eine völlig neue und spirituell weit ausstrahlende Sozialform christlichen Lebens. Auf das, was sein Namensvetter und Spitzenbischof Franziskus heute und in Zukunft anstößt, wird man gespannt sein dürfen.

Zur Person: Der Historiker Thomas Großbölting, geb. 1969, ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte in Münster. Er wirkt im Exzellenzcluster „Religion und Politik“ der Westfälischen Wilhelms-Universität mit. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehört der Wandel der Religiosität im Nachkriegsdeutschland. Dazu hat er 2013 das Buch „Der verlorene Himmel. Glaube in Deutschland seit 1945“ veröffentlicht.

Artikel URL: <http://www.ksta.de/politik/nach-tebartz-van-elst-kirche-zwischen-himmel-und-hoelle,15187246,25016664.html>

Copyright © 2013 Kölner Stadtanzeiger



Himmelsches Reich und irdische Schätze

Von den Pfründen zum staatlichen Kirchensteuereinzug

VON THOMAS GROSSBÖLTING

Wohl nur selten schafft es ein katholischer Generalvikar in die ZDF-Politsatire *Heute Show*. Auf dem Höhepunkt der Affäre um den Limburger Bischof Tebartz-van Elst und dessen kostspieliges Bauprojekt spielte Moderator Oliver Welcke am 18. Oktober den Ausschnitt einer Nachrichtensendung ein: Ja, äußerte sich da Generalvikar Clemens Stoppel, oberster Finanzchef des Bistums Rottenburg-Stuttgart, man gehe davon aus, dass die vereinbarten Staatsleistungen weiter gezahlt würden, denn sie stünden der Kirche zu. „Erst neulich 1803 nämlich, sei diese Verpflichtung entstanden, so erklärte Welcke unter Gelächter des Publikums, und gab damit eine Steilvorlage für einen Wutausbruch seines Sidekicks und Schauspielcholeriker Bernot Hassknecht.

Wie so oft ist mit Schaden Spott verbunden. Ob man das lustig findet oder nicht, das sei dem persönlichen Geschmack überlassen. Die öffentliche Skandalisierung der Verhältnisse gibt aber Anlass, das komplizierte und historisch hoch verflochtene Verhältnis von Staat und Kirche in finanzieller Hinsicht einmal aufzu-dreßeln. Licht und Schatten liegen dabei, so wird die Analyse zeigen, eng beieinander.

Wer klären will, um wie viel Geld es geht, muss genau benennen, welche Posten zur Diskussion stehen: Etwa 10 Milliarden Euro haben evangelische und katholische Kirche einschließlich ihrer Untergliederungen wie den Gemeinden jeweils jährlich in ihren offiziellen Haushalten zur Verfügung. Das Gros dieser Einnahmen kommt aus der Kirchensteuer, die in Deutschland vom Staat eingezogen wird. Hinzu kommt eine Reihe von weiteren staatlichen Leistungen, die von direkten Dotationen (Ausstattung mit Gütern oder Geld) bis hin zu Steuererleichterungen und Abgabenbefreiungen reichen. Nicht eingerechnet sind dabei staatliche Zahlungen an Caritas und Diakonie sowie die hier zusammengefassten Trägerorganisationen von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. Wie auch die zahlreichen Bildungseinrichtungen erhalten diese im eigentlichen Sinne keine Subventionen, sondern werden von Kommunen und Ländern für entsprechende Dienstleistungen bezahlt. Ob in der sogenannten „freien Wohlfahrtspflege“ von einem fairen Wettbewerb verschiedener Träger zu sprechen ist, lässt sich trefflich problematisieren. Tatsächlich haben Caritas und Diakonie wie auch die kirchlichen Träger vielfach regional und branchenspezifisch eine Monopolstellung, die in anderen Bereichen sicher das Kartellamt auf den Plan rief.

Im engeren Sinne ist es also die Kirchensteuer sowie eine Reihe von direkten Geldzahlungen, die den Staat und die christlichen Konfessionsgemeinschaften finanziell so eng miteinander verflochten. Beide gehen zurück auf den Anfang des 19. Jahrhunderts. Es waren die Kriege Napoleons, die auch die Verhältnisse im deutschen Reich grundlegend durcheinanderwirbelten. Im Frie-

den von Lunéville trat der unterlegene Kaiser Franz II. 1801 alle Gebiete westlich des Rheins an die Französische Republik ab. Die auf diese Weise enteigneten Fürsten sollten dann rechtsrheinisch entschädigt werden. Praktisch dienten dazu die Reichsbistümer,

Etwa 10 Milliarden Euro haben evangelische und katholische Kirche jeweils jährlich in ihren offiziellen Haushalten zur Verfügung.

die entsprechenden Klöster und Abteien mit ihrem jeweiligen Besitz. Der Reichsdeputationshauptschluss vom 25. Februar 1803 löste dazu die geistlichen Territorien und die meisten kirchlichen Institutionen wie Klöster und Stifte auf. Obwohl zweieinhalb Mal mehr Land zur Verfügung stand, als zur Entschädigung der linksrheinisch enteigneten Fürsten benötigt wurde – 463 Quadratmeilen brauchte man, 1131 umfassten die geistlichen Staaten –, setzte der siegreiche Napoléon die Totalsäkularisation durch. Dem Franzosenkaiser ging es da-

rum, in Deutschland Verbündete zu gewinnen und den Kaiser zu schwächen. Neben die Herrschaftssäkularisation trat die Vermögenssäkularisation: Reiche Klöster wurden, so hieß es treffend im Paragraphen 35, „zur Erleichterung ihrer Finanzen“ aufgelöst, das Vermögen ging an den weltlichen Herrscher über. Zu den Gewinnern dieser Entwicklung zählten mit dem König von Preußen, dem Kurfürsten von Bayern und dem Herzog von Württemberg die wichtigsten Herrscher der Zeit. Wie bedeutend diese Zugewinne teilweise waren, zeigt das Beispiel des Markgrafen von Baden. Dessen Herrschaftsgebiet vervierfachte sich durch die Säkularisation, die Zahl seiner Untertanen stieg um das Fünffache. Der Besitz von Domkapiteln, Stiften und kirchlichen Stiftungen wurde zu „Nationalgut“ erklärt, verkauft oder anderweitig genutzt. Viele unserer heutigen Museen fingen damit an, die früheren Messkelche, Goldkreuze und andere Sakralgegenstände auszustellen. Und so manches Klostergebäude mutierte auf diese Weise zum kommunalen Gefängnis.

Für die Kirchen bedeutete die Säkularisation einen eklatanten Einschnitt: Vom Fürstbischof, der seine Untertanen schröpfte, bis hin zum kleinen Pfarrer, der das Kirchenland für den Eigenbedarf bewirtschaftete – die Kirche des 18. Jahrhunderts finanzierte sich vor allem mit Einkünften aus den eigenen Pfründen, sprich: dem Grundbesitz, den selbst erhobenen Steuern wie auch Stiftungen und Schenkungen. Mit der Säkularisation war dieses Modell am Ende. Was nun?

An die Stelle des alten Systems traten nun die zwei Finanzierungsquellen, die Staat und Kirche bis heute eng aneinander binden. Um die Kirchen für ihre Verluste zu entschädigen, aber auch um deren Arbeit weiterhin aufrecht zu erhalten, verpflichtete sich der Staat zu Geldzahlungen auf den verschiedensten Gebieten. Ganz nach dem französischen Modell, das die Priester als Staatsbeamte einstufte und bezahlte, übernahm der Staat somit beispielsweise die Besoldung der Bischöfe, stellte aber auch Gebäude zur Verfügung oder übernahm die vormals kirchlichen Aufgaben. Die theologischen Fakultäten, an denen die Kirche inhaltlich das Sagen hat und der Staat »



➤ Die neuen Machtverhältnisse wurden mit der Kaiserkrönung Napoléons 1804 gefestigt; der Herrscher wurde nicht wie früher von der Kirche eingesetzt, sondern krönte sich selbst (Jacques-Louis David, 1807/08).

Quelle: Wikipedia

» bezahlt, haben beispielsweise hier ihre Wurzeln. Die Weimarer Verfassung schrieb diese Verpflichtungen gesetzlich fest, die Bundesrepublik übernahm diese als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches. 2010 schlugen diese Staatsleistungen mit ungefähr 460 Millionen Euro zu Buche.

Schon den Schöpfern der Weimarer Verfassung allerdings war diese enge Verflechtung von Kirche und Staat nicht geheuer. Deshalb verpflichtete sie den Staat darauf, in Zukunft die Rechtsverhältnisse von Kirche und Staat zu entflechten und die Staatsleistungen abzulösen. Bis heute ist das nicht erfolgt. Es fehlt eine gesetzliche Grundlage, für die der Bund zuständig ist. Es fehlt vor allem aber an Geld, das eine solche Ablösung kostete und das die Länder aufzubringen hätten. Egal wie man rechnet, käme eine riesige Summe auf die Länderhaushalte zu. Im Gespräch sind Einmalzahlungen, die das 18- bis 25-Fache der jährlichen Leistungen betragen, und damit hohe zweistellige Milliardenbeträge bedeuteten. Kritiker des Systems skizzieren aber eine andere Lösung: Etwa 2,5 Milliarden erspart der Staat den Kirchen im Jahr durch die Befreiung von Steuern, Abgaben und Gebühren. Rechnete man die Teile davon, zu denen der Staat nicht gesetzlich verpflichtet ist, als Ablöseraten, dann nähme sich diese Anstrengung nicht ganz so gigantisch aus.

Wer erklären will, warum es eine Kirchensteuer gibt und warum diese vom

Staat eingezogen wird, muss noch einmal zurück in die Vergangenheit: Mit der Industrialisierung und dem Anwachsen der Städte entstand ein Finanzbedarf, der allein durch die Staatsleistungen nicht gestillt werden konnte. Mit der Kirchensteuer erfanden die Kirchen eine eigene zusätzliche Einnahmequelle. Was 1827 im Herzogtum Lippe begann, wurde nach und nach zum verpflichtenden Prinzip. Wer Mitglied seiner Kirche sein wollte, musste Kirchensteuer zahlen. Die Weimarer Verfassung schuf für

Die staatlichen Finanzämter könnten sich darauf beschränken, den Kirchen die entsprechenden Steuerdaten zur Verfügung zu stellen.

die Abgabe 1919 einen gesetzlichen Rahmen, als sie die „bürgerlichen Steuerlisten“ zur Grundlage dieser Steuererhebung erklärten. Die Väter und Mütter des Grundgesetzes übernahmen diese Bestimmungen 1949 und schufen damit die weltweit wohl einmalige Regelung, dass die staatlichen Steuereintreiber die Erhebung der Kirchensteuer gleich mit übernehmen.

Dem Wortlaut des Gesetzes nach könnten sich die staatlichen Finanzämter darauf

beschränken, den Kirchen die entsprechenden Steuerdaten zur Verfügung zu stellen. Praktisch aber steht das Verfahren des automatisierten und vom staatlichen Finanzamt betriebenen Kirchensteuereinzugs nicht nur juristisch auf sicherem Grund. Auch praktisch ist es eine Win-Win-Situation: Die Kirchen haben eine kontinuierliche und sichere Einnahmequelle, ohne dass sie eine eigene teure Verwaltung dafür einrichten müssen. Der Staat kann den Kirchensteuereinzug im Hucklepackverfahren gleich miterledigen und lässt sich diese Dienstleistung bezahlen, indem er zwei bis vier Prozent des Kirchensteuervolumens für sich behält. Juristisch, ökonomisch wie auch praktisch betrachtet, spricht also wenig gegen dieses System.

Allein, die öffentliche Akzeptanz für dieses Verfahren sinkt in dem Maße wie auch die Vormachtstellung der Kirchen im religiösen Feld bröckelt. Diese Entwicklung müsste der Politik wie auch den Kirchen zu denken geben: Die Politik ist letztlich auf einen gleichen Abstand zu allen Religionsgemeinschaften in einer sich stärker pluralisierenden religiösen Landschaft verpflichtet. Die hinkende Trennung von Kirche und Staat, wie sie sich bei den Finanzen zeigt, kann sich daher nicht auf eine fördernde Haltung gegenüber den christlichen Kirchen beschränken.

Viel stärker aber sind die Herausforderungen für die Kirchen selbst: Theologisch und pastoral betrachtet ist das Beharren auf Maximalforderungen bei den Staatsleistungen kaum noch zu vertreten. Es wird auch durchaus diskutiert, ob Alternativen zur Kirchensteuer kirchlichem Auftrag und Selbstverständnis besser gerecht werden. Papst Benedikts Forderung nach einer „Entweltlichung der Kirche“ ist dabei viel mehr auf einer Linie mit dem Wunsch des aktuellen Papstes nach einer „armen Kirche für die Armen“ als es der Deutschen Bischofskonferenz Recht ist. Im Mittelalter etablierte Franz von Assisi mit den Bettelorden eine völlig neue Sozialform christlichen Lebens. Auf das, was sein Namensvetter Franziskus heute und in Zukunft anstößt, wird man gespannt sein dürfen. □

Thomas Großbölting ist Professor für Neueste und Zeitgeschichte an der Universität Münster. Sein jüngstes Buch „Der verlorene Himmel. Glauben in Deutschland seit 1945“ geht den vielfältigen Veränderungen im religiösen Feld nach



» Dr. Johannes zu Eltz (links), Mitglied im Domkapitel im Bistum Limburg und schärfster Kritiker von Bischof Tebartz-van Elst, im Interview mit einem ZDF-Team vor der bischöflichen Residenz in Limburg.

DIE FRAGE danach, ob Kirche noch Politik kann, provoziert sofort den Blick in die Vergangenheit: Konnte Kirche mal Politik? Schaut man auf die Vorgänger des 34. Deutschen Evangelischen Kirchentages dann legt sich ein klares „Ja“ nahe: In den Anfängen der Bundesrepublik waren die Kirchentage machtvolle Demonstrationen von Stärke und Überzeugungskraft. 650.000 Menschen fanden sich 1954 bei der Abschlussveranstaltung in Leipzig zusammen. Mit dieser größten Versammlung unter freiem Himmel in Deutschland hatte man nicht nur ein deutliches Zeichen für die deutsche Einheit gegeben. Zugleich auch zogen in einer zunehmend säkularen Umgebung tausende von Christen betend und singend durch die Straßen. Symbolisch hatte man so für wenige Tage eine zunehmend säkular werdende Stadt in der DDR wieder für sich eingenommen. Stärke – Einigkeit – Schlagkraft, so suggeriert der erste Blick.

Aber konnte Kirche in der Adenauerrepublik noch Politik? Getragen von einer Welle der Rechristianisierung waren die Religionsgemeinschaften stark eingebunden in die staatlichen Belange. Schon die Zeitgenossen beschrieben das Staat-Kirche-Verhältnis als „hinkende Trennung“. Den Kirchen war viel Einfluss zgedacht, im Bildungswesen und in der Medienlandschaft, nicht zuletzt garantierte der innerkirchlich zunächst heftig umstrittene staatliche Kirchensteuerertrag eine solide und kontinuierliche Finanzquelle. Die staatliche Familienpolitik war ebenso stark zugeschnitten auf kirchliche Vorstellungen wie die Jagd nach sogenannter Schmutz- und Schundliteratur. In vielen Bereichen gingen Staat und Kirche Hand in Hand. In diesem Sinne konnte Kirche Politik.

Schaut man aber hinter die Fassade der vermeintlichen Rechristianisierung und auf konkrete Politikfelder, dann treten die Probleme dieses Modells schnell zu Tage: Tief gezeichnet von den Gewalterfahrungen des wenige Jahre zurückliegenden Zweiten Weltkriegs stemmten sich größere Teile der Gesellschaft gegen den Kurs einer raschen Wiederbewaffnung, gegen die Gründung der Bundeswehr und gegen die Stationierung von Atomwaffen. Viele Christen sahen sich durch das biblische Friedensgebot herausgefordert und standen mitten drin in dieser Bewegung.

In dieser politischen Herausforderung gingen die katholische und die evangelische Kirche entgegengesetzte Wege: Die katholische Bischofskonferenz sah sich ganz in der Pflicht, die strikte Westbindungspolitik der Regierung Adenauers zu unterstützen. Autoritär unterband man das

pazifistische Engagement der vorher in dieser Frage hoch aktiven Laienverbände und erreichte so die Demonstration von Einigkeit. Der Kurs der forcierten Geschlossenheit erlitt

EINVERSTANDEN
OKAY MEINETWEGEN JAABER

KANN

ANGEBLICH ODER

DAGEGEN JAWOHL

RESPEKTIVE ZWAR

SELBSTVERSTÄNDLICH

ANGEBLICH

FAST INGOTTESNAMEN

DAGEGEN DAFÜR

WENIGSTENS GEGEN

ETWAIG IMMER NIE

SONST

ORDNUNG

SICHER

WAHRSCHEINLICH

MÖGLICHERWEISE

OBWOHL GEWISS

GEWISS

WAHR JA

NIEMALS

ABER

KLAR

VERMUTLICH

ABSOLUT

AUSNAHMSWEISE

SICHER HÖCHSTENS

EVENTUELL

AUSGESCHLOSSEN

UNMÖGLICH

SCHLIMMSTENFALLS

VERMUTLICH

NATÜRLICH

GELEGENTLICH

ANDERERSEITS

ANDERERSEITS

ANDERERSEITS

ANDERERSEITS

ANDERERSEITS

ANDERERSEITS

ANDERERSEITS

ANDERERSEITS

ANDERERSEITS

ANDERERSEITS

ANDERERSEITS

ANDERERSEITS

ANDERERSEITS

ANDERERSEITS

ANDERERSEITS

ANDERERSEITS

wurde diese Politik dann Programm: Die protestantische Kirche wollte keine fix definierten Positionen mehr vertreten, sondern durch Denkanstöße verhärtete Fron-

ten „Schafen“ eindeutige Wahlempfehlungen von der Kanzel predigten. Die Maxime der Einheitlichkeit überwunden zu haben, war ein befreiender Schritt zur Demokratisierung der Bundesrepublik.

Andererseits aber birgt die aktuelle Vielfalt auch Gefahren: Die christliche Botschaft ist in vielen Belangen hoch politisch. Bei allen Unterschieden in der Auslegung und Interpretation der christlichen Grundtexte bleibt die Verpflichtung auf das soziale und politische Engagement in der Welt. Wie eintreten für die gesellschaftlich Marginalisierten, für den Frieden, die Bewahrung der Schöpfung und andere grundlegende politische Ziele, die das Christentum mit sich bringt? Die Bejahung von Pluralität und Meinungsvielfalt ist keine Entschuldigung dafür, sich vor diesen und anderen drängenden Fragen wegzuducken.

KIRCHE (NOCH) POLITIK?

KEINESWEGS PAUSCHAL MITNICHTEN ZIRKA ALLENFALLS UNGEFÄHR GEWISS ÄUSSERSTENFALLS NICHT KEINESFALLS BEZIEHUNGSWEISE EINERSEITS JEDENFALLS EVENTUELL WAHRSCHEINLICH MÖGLICHERWEISE OBWOHL GEWISS

aber spätestens 1958 dann Schiffbruch, als sieben katholische Moraltheologen in einem Gefälligkeitsgutachten die atomare Bewaffnung für moralisch vertretbar erklärten. Nicht nur der Protest von außen, sondern auch der Unmut innerhalb des Katholizismus zeigte deutlich, dass das Geschlossenheitspostulat nicht mehr aufrecht zu erhalten war. Spätestens mit den 1960er Jahren hatte sich dieser autoritäre Modus der kirchlichen Politik überlebt.

Die Leitung der evangelischen Kirche schlug einen anderen Kurs ein: „Wir bleiben unter dem Evangelium zusammen und bemühen uns um die Überwindung der Gegensätze“, so formulierte die gesamtdeutsche Synode 1958. Das Dokument wurde rasch als „Ohnmachts-erklärung“ bekannt. Nach ausufernden und heftigen Diskussionen war es nicht gelungen, die Vertreter der Lutheraner, der Bruderräte und auch die Abgesandten aus der DDR zu einen. So entschied man sich dafür keine eindeutige Position zu beziehen. In der sogenannten Denkschriftendenkschrift von 1970

ten auflockern und zur allgemeinen Bewusstseinsbildung beitragen. Ein Nebel guter Worte - sollte das die christliche Botschaft sein? So spotteten bereits zeitgenössische Gegner dieser Erklärung.

Auch wenn man aus der Geschichte keine unmittelbaren Schlüsse für die Gegenwart ziehen kann, so machen diese Überlegungen doch sensibel für die Probleme politischen Engagements heute: Der Kirchentag des Jahres 2013 ist ebenso bunt wie vielfältig. Als Ganzer hat er keine verbindende politische Botschaft. Stattdessen stehen auf dem „Markt der Möglichkeiten“ Friedensbewegte neben Schützern des ungeborenen Lebens, Ökoaktivisten neben frommen Traditionalisten, so dass sich das gesamte gesellschaftliche Meinungsspektrum wiederfindet. Die „Buntheit“ ist Gewinn und Gefahr zugleich: Geschlossenheit und daraus abgeleitete politische Schlagkraft ist ein Konzept von gestern. Nur wenige werden sich in die Zeit zurücksehnen, als Pfarrer ih-

INFORMATION



AUTORENHINWEIS

Dr. **Thomas Großbölting**, 43, ist Professor für Neueste Geschichte und Zeitgeschichte an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster sowie Projektleiter im **Exzellenzcluster „Religion und Politik“**.

BUCHTIPP

Thomas Großbölting, **Der verlorene Himmel. Glaube in Deutschland seit 1945, Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht, 320 Seiten, Gebunden, 29,99 Euro, ISBN 978-3-525-30040-4.**

Wo Gott nichts zu suchen hat?

Religion als Option in der säkularen Hochschulwelt

Nicht nur die Kirche und das Christentum verändern sich rasant, sondern das religiöse Feld insgesamt.

Von Thomas Großbölting



Daphna Weinstein, *Like a -X to a- Y (like a moth to a flame)*, Installationsansichten (Details), 2013. © Weinstein
In ihrer Installation im Lichthof der QL-Galerie thematisiert die aus Israel stammende Künstlerin Daphna Weinstein die Sehnsucht nach Heimat und existenzieller Behausung als Suchbewegung und oft unerfüllbare Sehnsucht.

Wer sich für die Entwicklung des religiösen Feldes interessiert, dem bietet sich je nach räumlicher Perspektive ein hoch gespaltenes Bild: Global betrachtet ist das Leben mit dem Jenseits – der Bezug der eigenen Biografie auf eine wie auch immer gedachte Transzendenz – attraktiv wie nie zuvor. In vier von fünf Kontinenten steigt die Zahl derjenigen, die sich in irgendeiner Weise religiös betätigen. Der nominelle „Gewinner“ in diesem Prozess ist nicht der Islam, wie von politisch interessierter Seite gelegentlich behauptet wird. Die am stärksten wachsende Religionsgemeinschaft ist hingegen das Christentum, allerdings nicht in der kirchlich-konfessionellen Verfassung europäischer Prägung, sondern in seiner evangelikalen, vor allem in der pfingstlerisch-charismatischen Variante. Was als kleine Randgruppe startete und Ende der 1970er-Jahre circa

sechs Prozent der Christen weltweit umfasste, versammelt heute – vier Jahrzehnte später – ein Drittel der Christenheit. Wenn wir nun aber auf Westeuropa und noch spezieller den deutschsprachigen Raum blicken, dann verkehrt sich dieser Befund in sein Gegenteil: Die volksskirchlichen Strukturen erodieren – und zwar eher rasch als gemächlich. 1950 haben wir mit Blick auf das geteilte Deutschland ein halbiertes religiöses Feld, etwas mehr Protestanten als Katholiken, insgesamt aber sind über 95 Prozent der Bevölkerung kirchlich gebunden. Heute drittelt sich das Feld: Circa 27 Prozent Katholiken und ungefähr gleich vielen Protestanten stehen 37 Prozent Konfessionslose, oder so die Selbstbezeichnung, „Konfessionsfreie“, gegenüber. Selbst wenn ab heute niemand aus der Kirche austräte, dann müssen wir doch davon ausgehen, dass in den

kommenden zwei Jahrzehnten allein schon auf Grund der demografischen Entwicklung die Zahl der Christen in Deutschland auf unter 50 Prozent sinken wird.

Erschien es über Jahrhunderte kaum jemandem möglich, ohne einen Gott zu leben, so hat sich das Verhältnis in Europa grundlegend verändert: Christentum ist, so Hans Joas, zu einer Option unter vielen anderen geworden. Eine Option, die viele für sich nicht mehr wählen!

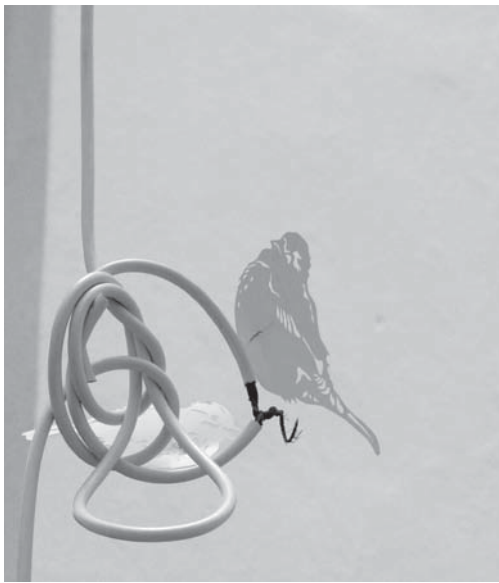
Können wir diese Trends – Entkirchlichung, Anstieg der Zahl der Konfessionsfreien und Säkularisierung – erklären? Was noch vor ein oder zwei Wissenschaftlergenerationen ganz pauschal mit dem Hinweis auf die Säkularisierung als ein Automatismus beschrieben wurde, wenn Sie diese Frage vor 30 Jahren gestellt hätten, dann hätte Ihnen jeder Gesellschaftswissenschaftler und auch die Mehrzahl der Theologen achselzuckend auf die Säkularisierung verwiesen: Mit einer steigenden Modernisierung verliere die Religion nahezu automatisch an Bedeutung, so die kaum hinterfragte Generalerklärung. Heute haben wir uns von dieser Vorstellung eines Automatismus weit entfernt. Stattdessen gilt es nach Ursachen für diese ungewöhnlich tiefe Veränderung zu schauen.

Die „Ich“-Dekade

Um diese Transformation des religiösen Feldes in Deutschland zu analysieren, muss vor allem auf die Entwicklung seit den 1960er- und 1970er-Jahren geblickt werden. In dieser Zeitspanne verändert sich mit dem Modus individueller Selbstkonstitution ein ganz wichtiger Faktor für Religion: Wie ich mich verstehe, wie ich mich in Verbindung setze zur Umwelt und wie ich das Institutionengeflecht und seine geistigen, politischen und weltanschaulichen Angebote dazu nutze, mich selbst zu verstehen, das veränderte sich grundlegend. Der Feuilletonist Tom Wolfe sprach bereits in den 1970er-Jahren von der „Me-Decade“, in der das eigene Ich, die eigene Persönlichkeit, zu einem wichtigen Referenzpunkt auch der Welt- und Außenwelt des Einzelnen wurde. Soziologen haben diesen Vorgang mit dem Begriff der „expressive revolution“ belegt: Der Aufstieg neuer Formen der Alltagskommunikation, die Kunst des Diskutierens, des „Darüber Redens“, der Anstieg der Selbstthematization in Psychotherapie und anderen Formen – all das sind Alltagsbeobachtungen, die diese Veränderung illustrieren. Die Auflösung traditionaler



Daphna Weinstein, Like a -X to a- Y (like a moth to a flame), Installationsansichten (Details), 2013. © Weinstein



Daphna Weinstein, Like a -X to a- Y (like a moth to a flame),
Installationsansichten (Details), 2013. © Weinstein

Strukturen entließ das Individuum aus gewachsenen Bindungen. An Stelle von Bindungen und Zwang traten individuelles Auswahlverhalten und eigene Entscheidungen.

Von dieser Veränderung sind nicht allein die Kirchen betroffen: Alle Institutionen, die als Organisationen auftreten und ihren Mitgliedern bestimmte Rollen abverlangen, schrumpften in diesem Prozess. Seien es die Volksparteien, die Gewerkschaften, ja selbst der organisierte Sport erlitt dieses Schicksal. Aber es ist auffällig, dass die Religionsgemeinschaften früher und nachhaltiger von diesem Prozess der Individualisierung betroffen waren. Zwei Gründe erklären diese Avantgardestellung: So stark wie keine andere Organisation formulierte die Religion den Anspruch auf den ganzen Menschen. Von der Wiege bis zur Bahre soll die Selbstkonstituierung (mit) geprägt werden. Und: Die Religionsgemeinschaften modellieren diesen Wandel zu mehr Subjekthaftigkeit in ihren religiösen Angeboten entscheidend mit.

„Ehenot“

Die erste Entwicklung, die eine Distanzierung von Teilen der Christen von der Kirche mit sich bringt, kann mit dem zeitgenössischen Begriff der „Ehenot“ charakterisiert werden. Nach dem Zweiten Weltkrieg startet man in die

Bundesrepublik Deutschland mit dem Anspruch auf eine umfassende Re-Christianisierung der Gesellschaft. Wo man den Nationalsozialismus als verdichteten Ausdruck von Säkularisierung, als Abfall von Gott, erklärt, muss jetzt das Gegenteil passieren: Die katholische Kirche als Siegerin in Trümmern – so die zeitgenössische Selbststilisierung – geht dabei voran. Von Seiten der Kirchen formulierte man einen Pastoralentwurf, der in vielerlei Hinsicht an der Lebenswelt der Gläubigen nicht mehr anschloss: Gemeinschaft nach innen – Unterscheidung von der Welt – Rettung anderer: Das waren die vorgegebenen Handlungsmaximen und Leitbilder, die kirchliche und kirchengebundene Jugendarbeit und Pastoral in beiden Konfessionen prägten. Die theologische Denkwelt, die seelsorglich-pastorale Konzeption und Didaktik wie auch die Praxis waren grundlegend von exkludierenden Prinzipien geprägt. Kirchliche Jugend sollte sich mittels „Religiöser Marker“ nach innen integrieren und zugleich von der säkularen Umwelt abgrenzen.

Das drängendste Problem der 1950er- und frühen 1960er-Jahre ist mit der kirchlichen Sexualmoral verbunden: Das sechste Gebot – Du sollst nicht ehebrechen – mit all seinen Implikationen war insbesondere in der unmittelbaren Nachkriegszeit rasch zum ersten Gebot aufgestiegen und führte zu zahlreichen Reibereien und Konflikten in

den Jugendverbänden und Studentengemeinden. Schon zeitgenössisch fasste das eine Gruppe von Seelsorger mit dem Begriff der „Ehenot“: Junge Paare – verheiratet oder unverheiratet – koppelten ihre Beziehung und vor allem ihre Sexualität von ihrem religiösen Leben ab oder – und das war der deutlich häufigere Fall – distanzierten sich von der Religion, da sie einen wichtigen Teil nicht mehr in Übereinstimmung mit zentralen Forderungen bringen konnten. Eine Zahl aus dem Umfeld der Jugendverbände und der Katholischen Deutschen Studenteneinigung mag verdeutlichen, wie tiefgreifend dieser Prozess war: Im Laufe der 1950er-Jahre verlassen in den Bistümern Nordrhein-Westfalens über vierzig Prozent der Mädchen und jungen Frauen ihre Standesorganisationen, bei den Jungen und Männern sind es etwas über zehn Prozent. Der Grund lässt sich in den internen Konflikten deutlich nachzeichnen und konzentriert sich auf die Verhaltensanforderungen und auf das vorgegebene Rollenbild für Frauen und Mädchen.

Politisierung und Pluralisierung im Zuge der 68er

Geschah dieser Auszug der Mädchen und Frauen aus einer insgesamt hoch von genau dieser Gruppe getragenen Religion schleichend, so war der zweite Schritt der Distanzierung laut und unüberhörbar: Politisierung und Pluralisierung – so lautet das zweite Stichwort. „1968“ – die Kontestation in der Kirche – bringt dann einen bis dato nicht gekannten Politisierungsschub mit Radikalisierungen auf allen Seiten des kirchenpolitischen Spektrums – die Studentengemeinden sind hier ganz vorneweg. In vielen Gemeinderäten wurde aktiv diskutiert, was wohl „christlich“ sei. Ein vorläufiger Höhepunkt in der Diskussion war die seit 1969 geführte sogenannte „Polarisierungsdebatte“: Besteht Christlichkeit schon darin, dass man Gemeinschaft beziehungsweise „Agape“ stiftet? Oder gehört doch ein religiöser oder biblischer Bezug dazu? In verschiedenen Gemeinden diskutierte man unter dieser Fragestellung, ob doch eher der Sozialistische Hochschulbund als die katholische Verbindung zur Gemeinde gehörte.

Insgesamt wurden in diesem Prozess auf breiter Front Fragen nach Inklusion und Exklusion aufgeworfen: Nicht dem Befolgen religiöser Vorgaben, sondern dem ethisch-moralischen Wirken des und der Einzelnen wurde religiöse Dignität zugesprochen. Man erweist sich handelnd als Christ. Statt zur Messe zu gehen, schrieb man kritische Artikel, statt zu beichten, las man Hans Küng, statt Priester oder Pfarrer zu werden, wurde man Funktionär in einer Gewerkschaft. Dieser Trend markiert keine Säkularisierung im Sinne einer individuellen oder kollektiven Entchristlichung, sondern die Säkularisierung des Christlichen im Sinne einer Betonung der innerweltlich sozialen Dimension der Religion. Der alte normative Horizont des

Glaubens und die Kirche wurden zunehmend als befrag- und diskutierbar erkannt.

Für den Diskurswechsel in der akademischen Theologie, und vielleicht noch viel wichtiger in der Pastoral und Verkündigung, standen die Historisch-kritische Biblexegese (verbunden mit dem Namen Käsemann), die Entmythologisierung des biblischen und frühchristlichen Weltbildes (Bultmann), der Bruch mit der Scholastik und die Selbstzurücknahme der Theologie als das „vom Unbegreiflichen Reden, was wir Gott nennen“ (Karl Rahner und viele Schüler, nicht zuletzt auch der junge Joseph Ratzinger). Nimmt man jetzt kircheninterne Verständigungsprozesse um Pastoral, Vermittlung und Tradierung hinzu, dann findet man ein korrespondierendes Bild und zugleich wichtige Ergänzungen dazu: Nicht mehr Schuld und Vergeltung, Sündenfall und Erlösung, sondern persönliches Leid und Heilung waren nun die Stichworte, mit denen in den pastoralen Handreichungen, der erbaulichen Literatur oder auch in der Kirchenzeitung der religiöse Code neu eingefasst wurde. Trotz aller Unterschiede zwischen Protestanten und Katholiken war die Ausgangslage ähnlich: Wo die Transzendenz diffundierte und insbesondere die Strafandrohung des Jenseits schwand, da versuchte man den religiösen Code in kleinen Kontexten und auf partnerschaftlicher Basis zu rekonstruieren.

Dem Authentizitätsanspruch gerecht werden

Die veränderten individuellen Dispositionen der 1970er-Jahre – das Pochen auf Selbstaussdruck, auf Authentizität, auf Wahrhaftigkeit, aber auch die Entwicklungen in Pastoral und Theologie – hatten und haben bis heute gravierende Konsequenzen für die Sozialformen des Religiösen. Eine ganze Reihe von Schwierigkeiten ist genau auf diesen Übergang von der Kirche als Organisation oder Anstalt, wie es Max Weber formuliert hat, in eine neue Sozialform zurückzuführen. Die Beobachtungen lassen sich zu der Überlegung verdichten, dass auch die christlichen Großkirchen in einer Übergangsphase stecken, in denen alte Gewissheiten neu verhandelt werden.

Religiöse Lebensformen, so zeigt der Blick in die Vergangenheit, scheinen in der Welt dann besonders erfolgreich zu sein, wenn es ihnen gelingt, sich in den Zusammenhang der Gesellschaft zu integrieren, eigene Inhalte mit anderen gesellschaftlichen Themen zu verbinden, zu außerreligiösen sozialen Gruppen in Beziehung zu treten und sich zugleich aber – das ist ganz wichtig – durch den Transparenzbezug ein eigenes Profil zu bewahren.

Was es bedeutet, christlich zu sein und wie das Leben des und der einzelnen dadurch geprägt wird, hat sich in den sieben Jahrzehnten seit dem Zweiten Weltkrieg stark

verändert. Ob und in welcher Form sich eine erneuerte gemeinsame und auch in die Breite der Mitgliedschaft tragende Glaubensüberzeugung wird stiften lassen, ist noch unklar.

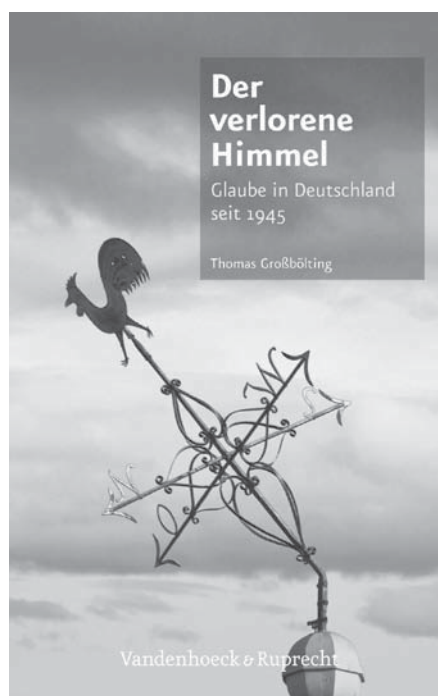
Drei Entwicklungen lassen sich in diesem Zusammenhang beobachten, die diese Neuformierung mit beeinflussen: Erstens eine Pastoral, die oftmals von Unsicherheit über den eigenen Kern gekennzeichnet ist. Da man nicht mehr Verhaltensweisen und Glaubenssätze im Modus der Autorität voraussetzen und abverlangen kann, bleibt man offen oder vage in dem Versuch, möglichst viele zu gewinnen. Neben allen Versuchen zur Integration werden aber entscheidende Fragen nach Gott nicht mehr gestellt. Hier ist aus meiner Sicht nicht zu viel, sondern zu wenig ernsthaftes Nachdenken über Gott am Werk. Nicht umsonst, um nur ein Beispiel zu nennen, ist von verschiedener Seite die Infantilisierung unserer Gottesdienste beklagt worden. Zweitens agiert in diesem Prozess eine Kirchenhierarchie, in der der Modus der falschen Autorität noch lange nicht beendet ist. Und es sind nicht nur die Auswüchse bischöflicher Selbstrepräsentation, wie wir sie in Limburg beobachten müssen. Auch darüber hinaus hat sich im Klerus vieles gewandelt: Aus Hochwürden und dem guten Hirten, so die Fremd- und Selbststilisierung, wurde in der allgemeinen Wahrnehmung rasch ein überforderter Seelsorger, der seinen nun zu Klienten und Kunden aufgewerteten Gemeindemitgliedern oftmals vergeblich hinterherlief. Drittens schlägt die „hinkende Trennung“ von Kirche und Staat zu Buche. Das besondere Staat-Kirche-System in Deutschland stärkt die Kirchen zwar finanziell und organisatorisch. Nur: Als Glaubensgemeinschaft zeichnet sie das nicht aus, im Gegenteil: Für viele religiös Suchende ist sie unattraktiver denn je, wenn sie vor allem als saturiert, als mächtig und als reich auftritt. Dem Anspruch auf Authentizität wird sie damit nicht gerecht. Wenn dann, wie jüngst im Fall der katholischen Kirche, noch die Entscheidung hinzukommt, die Mitgliedschaft basal an den Status des Kirchensteuerzahlers zu knüpfen, tritt die religiös-pastorale Dimension des Kirchenaustrittsproblems schnell in den Hintergrund von Organisationsexperten und Finanzstrategen.

Herausforderung zwischen Einheit und Vielfalt

Für die Kirche ist die Vermittlung zwischen Einheit und Vielfalt eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben. Wenn sich die Kirchen nicht zu gesellschaftlich bedeutungslosen Randgruppen zurückentwickeln wollen, in denen sich allenfalls noch die Häuflein der Aufrechten sammeln, werden sie sich als großes Dach verstehen müssen, unter dem unterschiedliche Grade von Kirchennähe und eine ganze Reihe von Frömmigkeitsstilen zugelassen sind. Man wird

diejenigen nicht verschrecken dürfen, die ihren traditionellen Glauben leben wollen. Man wird den Engagierten und spirituell Suchenden Freiräume und Partizipationsmöglichkeiten eröffnen und zugleich versuchen müssen, attraktiv für diejenigen zu bleiben, die nur gelegentlich pastorale Angebote nutzen und ihre spirituellen Bedürfnisse stillen wollen.

Um in der gesellschaftlichen Selbstverständigungsdebatte produktiv mitmischen zu können, müssen die Religionsgemeinschaften ihrerseits der Versuchung widerstehen, in eine fundamentalistische Selbstbeschränkung abzugleiten. Stattdessen sollten sie auf einen selbstreflexiven Glauben setzen und ein hohes Maß an Offenheit und Dialogfähigkeit gegenüber der Gesellschaft wie auch anderen Religionen entwickeln. Eine solche Haltung eröffnete ihnen beste Chancen dafür, ein wichtiger Bezugspunkt für die so vielfältigen religiösen Bedürfnisse der Menschen zu sein wie auch weiterhin einen wichtigen Beitrag zum Zusammenhalt und zur Gestaltung der Gesellschaft zu leisten.



Thomas Großbölting, *Der verlorene Himmel. Glaube in Deutschland seit 1945*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2013. 320 Seiten mit 6 Abb. ISBN 978-3-525-30040-4 (Euro 29,99).



© Holtkötter

Prof. Dr. phil. Thomas Großbölting, geb. 1969 in Dingden, studierte Geschichte, Katholische Theologie und Germanistik an den Universitäten Köln, Bonn, Münster, an der Staatlichen Hochschule La Sapienza und an der Päpstlichen Hochschule Gregoriana in Rom. Seine Forschungsschwerpunkte sind angesiedelt in den Bereichen „Geschichte des religiösen Wandels im Nachkriegsdeutschland“ und „Ausprägungen der DDR-Erinnerung im wiedervereinigten Deutschland“. 2004 erhielt er den Nachwuchspreis der Georg-Agricola-Gesellschaft für Naturwissenschafts- und Technikgeschichte e.V. Seit Mai 2009 ist er Lehrstuhlinhaber für Neuere und Neueste Geschichte II an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

Autor: (epd)
Seite: 5
Ressort: Politik
Quellrubrik: S

Ausgabe: FR Deutschland-Ausgabe
Auflage: 112.797 (verbreitet)
Reichweite: 0,35 (in Mio.)

"Kirche füllt neue Rolle noch nicht"

Münsteraner Historiker legt Studie vor

Eine staatliche Bevorzugung der Kirchen ist nach Meinung des Münsteraner Historikers **Thomas Großbölting** nicht mehr zeitgemäß. "Ein christliches Deutschland gibt es nicht mehr, die Zahl der religionspolitischen Konflikte wächst", erklärte der Forscher des **Exzellenzclusters "Religion und Politik"** in einer am Montag von der Universität Münster vorgestellten Studie. Die Regelungen zwischen Kirche und Staat stammten noch aus der Nachkriegszeit. Die Rechte und Ansprüche Andersgläubiger sowie der wachsenden Gruppe an Religionslosen fielen unter den Tisch. Beispiele für eine staatliche Bevorzugung der Kirchen sieht Großbölting in der Kirchensteuer, dem Religionsunter-

richt an staatlichen Schulen oder dem Sitz von Kirchenvertretern in Rundfunkgremien. Politik und Kirchen unterschätzten den Handlungsbedarf notorisch, kritisierte der Historiker. Sie nähmen Veränderungen erst wahr, wenn sie als Probleme aufträten. Eine weitsichtige Politik, die alle Religionsgemeinschaften gleich behandle, sei nicht in Sicht, bemängelte der Historiker, der laut Universität jetzt die erste historische Gesamtschau über "Glaube in Deutschland seit 1945" vorgelegt hat. Kirchliches Leben sei heute hochgradig gesellschaftlich integriert, gut organisiert und oft auch politisch einflussreich, erklärte Großbölting weiter. Doch als religiöser Anbieter seien Kirchen für

viele Menschen unattraktiver denn je. So gehöre aktuell nur je ein Drittel der Bevölkerung noch einer der christlichen Kirchen an. Um 1950 seien es noch 95 Prozent gewesen.

Vor allem die Teilnahme der Mitglieder am kirchlichen Leben gehe kontinuierlich zurück. "Das Christentum ist zu einem Anbieter unter vielen für Sinnstiftung und Sonntagsgestaltung geworden", sagte Großbölting. Diese neue Rolle wüssten die Kirchen noch nicht zu füllen. (epd)

Weitsichtige Politik ist nicht in Sicht

DIE ZEIT Christ & Welt vom 6. Juni 2013, Seite 2

Kuscheln verboten

ENTWELTLICHUNG Die Kirche darf dem Staat nicht zu nahe kommen, sagt der Theologe Thomas Großbölting. Wenn sie sich vor allem als Sozialkonzern versteht, verliert sie ihren Sinn

Christ & Welt: Die Kirchen beschäftigen rund eine Million Menschen. Ist das zu viel angesichts des Glaubensschwunds? Oder müssen es mehr werden?

Thomas Großbölting: Für „zu viel“ oder „zu wenig“ gibt es da keinen Maßstab, wohl aber für die internen Umgangsweisen und für die Außenwirkung. Fast jeder kennt doch heute in seiner Umgebung einen dieser Fälle, in denen eine Kindergärtnerin im katholischen Kindergarten oder einem Lehrer in einer konfessionellen Schule gekündigt wird, weil sie geschieden und wiederverheiratet sind, in einer gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft wohnen oder sonst wie den kirchlichen Vorgaben nicht genügen. Der Umgang mit den eigenen Mitarbeitern, denen die Kirchen in anderen Bereichen selbstverständliche Freiheitsrechte vorenthalten, schafft ein riesiges Glaubwürdigkeitsproblem. Für eine im ursprünglichen Sinne christliche Umgangsweise stehen viele dieser Fälle nämlich nicht.

C & W: Muss der Staat den Kirchen sein Wohlwollen entziehen, obwohl er sie als Träger schätzt?

Großbölting: Nein, der Staat wird nicht von heute auf morgen diese Verbindung lösen. Aber sowohl der Staat wie auch die Kirchen selbst sollten stärker darauf achten, andere gesellschaftliche Kräfte miteinzubeziehen. Die freie

Wohlfahrtspflege geht davon aus, dass die zivilgesellschaftlichen Kräfte in der Gesellschaft auch bei den Aufgaben präsent sind, die von Staats wegen abgegeben werden. Die Gründung eines islamischen Wohlfahrtsverbandes wäre ein erster Schritt in diese Richtung.

C & W: Krankenhäuser, Kindergärten und Schulen waren immer

Aushängeschild des Christentums.

Funktioniert das nicht mehr?

Großbölting: Religionsgemeinschaften sind dann erfolgreich, wenn sie aktiv



Der Münsteraner Historiker und Theologe **Thomas Großbölting** analysiert in seinem neuen Buch „Der verlorene Himmel“ den zunehmenden Bedeutungsverlust der Kirchen und den Rückgang des Glaubens in Deutschland seit 1945.

zur Lösung aktueller Probleme beitragen und zugleich ihr Proprium, die Bindung an Gott, nicht verlieren. Ein katholisches Krankenhaus oder eine evangelische Altenpflegeeinrichtung ist heute genauso durchrationalisiert wie bei jedem anderen Träger. Als große Sozialkonzerne aber sind Caritas und Diakonie vielleicht ökonomisch erfolgreich, im religiösen Sinne aber wirken sie nicht mehr. Die Kirchen bedürfen heute vermutlich anderer Schnittstellen in die Gesellschaft: Wo es im 19. und frühen 20. Jahrhundert Avantgarde war, ein großes diakonisches Werk zu gründen, da wären es heute andere Bereiche wie zum Beispiel die Begleitung von Sterbenden oder Ähnliches.

C & W: Deutschland sei kein christliches Land mehr, schreiben Sie. Warum? In jedem Dorf steht eine Kirche, und 50 Millionen Christen sind eine ganze Menge.

Großbölting: Natürlich sind die beiden christlichen Konfessionen immer noch die größten „Anbieter“ von Transzendenz und Glaubenspraxis. Aber zwei Dinge zeigen die Veränderungen: Die Zahl der Christen schrumpft. Allein schon des demografischen Wandels wegen wird um 2025 herum nur noch die Hälfte der Bevölkerung Mitglied einer christlichen Großkonfession sein. Wichtiger erscheint aber ein anderer Aspekt: Gemessen an den Möglichkei-

ten der 1950er-Jahre, in die Gesellschaft hineinzuwirken, ist ihr Einfluss dramatisch geschrumpft. Was eine Gemeinschaft ausmacht, was Anstand und Moral bedeuten, wie Familie, Erziehung und Sexualität gelebt werden sollen – in all diesen Bereichen deckten sich zumindest normativ große Teile der Gesellschaft mit den in den Kirchen vertretenen Vorstellungen. Dieser vormals christliche Bezugsrahmen ist heute weitgehend weggebrochen.

C & W: Sie schreiben von einem „ebenso gut situierten wie leblos auftretenden Christentum in Deutschland“. Was ist zu tun? Rückzug? Entweltlichung?

Großbölting: Rückzug nein, eine kluge Entweltlichung ja: Das Engagement in und für die Welt ist für das Christentum Voraussetzung. Es wird dann wirken, wenn die Gläubigen wie auch die Organisation glaubwürdig für einen Einsatz im Sinne derjenigen stehen, die heute am Rand stehen. Dafür braucht es eine Zusammenarbeit mit dem Staat, aber kein Kuscheln mit den Mächtigen. Auch ein Bischof sollte sich weniger als Bestandteil des „Establishments“ und Teil des politischen Geschäfts sehen, sondern als kritischer Gesprächspartner von Politik und Wirtschaft.

Das Gespräch führte Volker Resing.

Seite: 33
Ressort: Feuilleton
Quellrubrik: FR Deutschlandausgabe

Auflage: 112.797 (verbreitet)
Reichweite: 0,91 (in Mio.)

Lernen macht Stress

Worüber sich zu streiten lohnt: die Religionen in einer säkularen Gesellschaft

Von Dirk Pilz

Das hört nicht mehr auf. Letztes Jahr der Streit um Beschneidung, davor der um Kreuze in Klassenzimmern und Kopftücher in Behörden. Es werden weitere Debatten kommen, über die Kirchensteuern mit Sicherheit, gewiss auch noch einmal über den Religionsunterricht. Und wie lange wird eine zusehends kirchenferne Gesellschaft noch das sonntägliche Glockengeläut ertragen? Sollte nicht alles Religiöse ins Private verabschiedet werden? Es wird noch viel zu streiten geben, ohne Zweifel. Gewiss ist dabei nur: Die Religionen werden nicht verschwinden. Entsprechend steht auch dem Streit um sie eine ungefährdete Karriere bevor.

Dass es Religionen überhaupt gibt, entzückt oder erstaunt noch immer viele. Lange galt es als ausgemacht, dass es nur steigender Aufklärung bedürfe, um den Menschen die Grillen des Glaubens aus den Herzen und Hirnen zu wischen. Dass die Moderne ein steter Prozess der Säkularisierung ist, das behaupten heute allenfalls noch naive Nostalgiker, die vom einstigen Traum einer religionsfreien Welt nicht lassen mögen. Er hat sich als irrig erwiesen: Das Religiöse schwindet nicht, es wandelt sich vielmehr, es wird diffuser, ungreifbarer - und produziert Deutungsstress. Es ist ja kein Zufall, dass die mediale Öffentlichkeit auf religiöse Terror-Akte und Extremisten stets in einer Mischung aus Hysterie und Triumphalismus reagiert: Man hofft darin, das Wesen der Religion handgreiflich vor Augen zu haben. Man meint, endlich das Wesen der Religion am Schopf zu haben. Als ob es so einfach wäre. Als ob sich daraus ihr baldiges Ende ablesen lasse.

Bereits empirisch ist dieser Hoffnung die Grundlage entzogen. Weltweit gesehen wachsen die Religionsgemeinschaften rasant an, keineswegs nur in "unterentwickelten" Ländern, keineswegs nur

in ihren extremistischen Ausprägungen. Auch in Deutschland, wo zwar über 50 Prozent der Bevölkerung noch einer der beiden großen Kirchen angehören, aber die Bindung an die Institutionen schwindet, haben mehrere Studien nachgewiesen, dass Religionen kaum an Vitalität verloren haben. Selbst Jürgen Habermas, der große alte Ritter der Rationalität, hat sich in den letzten Jahren deshalb mühsam zu der Erkenntnis vorgearbeitet, dass die "Religion eine zeitgenössische Gestalt des Geistes geblieben" ist. Sie tritt nur in verwandelten Gestalten auf, weniger kirchenfromm, weniger einheitlich, gerade in Deutschland.

In seiner sehr bündigen, faktenreichen Studie "Der verlorene Himmel" hat der Münsteraner Historiker **Thomas Großbölting** diese Entwicklung des Glaubens in Ost- und Westdeutschland seit 1945 nachgezeichnet: Es ist ein Prozess steter Entkirchlichung. Auch die Religionen unterliegen demzufolge fortschreitender Ausdifferenzierung und Verkomplizierung. Der Mensch in der Moderne, schreibt der Münchner Philosoph Michael Reder in einem Grundsatzbuch über Religion in der säkularen Gesellschaft, greife nicht mehr auf das Religiöse als alleinige Deutung seines Lebens zurück; gerade das komme ihm als Fundamentalismus vor. Religion ist vielmehr Teil eines kulturellen Gewebes. Und sie ist als soziale Praxis damit immer sowohl privat als auch öffentlich. Besonnen streiten

Deshalb ja der Streit um Religionen. Er muss sein. Aber geht es künftig vielleicht ein bisschen besonnener? Weniger aggressiv, weniger hysterisch? Habermas spricht in seinem jüngsten Band von "ausgefloppten Reaktionen": Die säkulare Gesellschaft begegne den Religionen, als wären sie hochgiftiges Gefahrgut. Als wäre, so Habermas, der demokratische Staat nicht gut beraten, "die polyphone Komplexität der öffent-

lichen Stimmenvielfalt" zu bewahren, weil man nicht wissen kann, "ob die Gesellschaft andernfalls von knappen Ressourcen der Sinn- und Identitätsstiftung" abgeschnitten wird. Er plädiert daher für einen "komplementären Lernprozess" von Religion und säkularer Gesellschaft. Und es gibt hierfür bereits auch breit ausgearbeitete Konzepte, etwa Max Bernlochners ehrgeizigen Entwurf einer interreligiösen Pädagogik mit Blick auf den Islam; ihr Kernpunkt ist, dass man lernen müsse, sich herausfordern zu lassen, um aus den eigenen Gewissheiten herauszutreten in ein Gespräch.

Klingt gut und richtig. Allerdings ist das öffentliche Gespräch über Religion von schrillen, ausgefloppten Stimmen beherrscht. Ein Büchlein wie das des Journalisten Tilman Jens ist hierfür symptomatisch: Es ist eine "Streitschrift zum neuen Religionskampf", die bereits sprachlich blank zieht. Da spricht einer von "Fronten", "Krieg" und dem "Lager der Frommen" - und beklagt gleichzeitig die "Diffamierung säkularer Gesinnung" durch die Widerredner solcher Stammtischparolen. Eine herrliche Schizophrenie! Und wie rührend simpel!

Dass es das kluge, aber komplizierte juristische Instrument der Güterabwägung gibt, wird von Jens kühn ignoriert. Dass Grundrechte in Widerstreit geraten können, etwa im Streit um Beschneidung, dass eben diese Konflikte die Moderne ausmachen, will er nicht wahrhaben - er träumt von einer Einheitswelt, ohne Andere. Man kann mit Gründen für einen Laizismus plädieren, also eine strikte Trennung von Staat und Religion, aber man wird damit nicht den Konflikt zwischen säkularer Gesellschaft und Religionen lösen. Mit Gesetzen sind Religionen nicht aus der Welt zu schaffen, es sei denn durch "Krieg", es sei denn durch einen Rechtsfundamentalismus, der wie alle Fundamenta-

lismen wäre: gewaltsam.

BÜCHER ZUM THEMA

Max Bernlochner:
Interkulturell-interreligiöse Kompetenz. Positionen und Perspektiven interreligiösen Lernens im Blick auf den Islam. Schöningh 2013, 390 Seiten, 49,90 Euro.

Thomas Großbölting:
Der verlorene Himmel. Glaube in

Deutschland

seit 1945. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2013, 320 S., 29,99 Euro.

Jürgen Habermas:
Nachmetaphysisches Denken II. Aufsätze und Repliken. Suhrkamp Verlag, Berlin 2012, 395 Seiten, 19,95 Euro.

Tilman Jens:

Der Sündenfall des Rechtsstaats. Eine Streitschrift zum neuen Religionskampf. Aus gegebenem Anlass. Gütersloher Verlagshaus. Gütersloh 2013, 127 Seiten,

14,99 Euro.

Michael Reder:
Religion in säkularer Gesellschaft. Verlag Karl Alber, Freiburg/München 2013, 453 Seiten, 49 Euro.

Abbildung:

Verschwinden wird die Religion jedenfalls nicht. Oliver Weiken/dpa

Urheberinformation:

Alle Rechte vorbehalten. © Frankfurter Rundschau GmbH, Frankfurt am Main

Islam stößt an gläserne Decke

Zeithistoriker Großbölting legt erste historische Gesamtschau zu Religion in Deutschland seit 1945 vor

Münster - Politik und Kirchen in Deutschland verharren nach einer Studie von Zeithistoriker Prof. Dr. **Thomas Großbölting** religionspolitisch in den 1950er Jahren. Die Kirchen würden nach damaligem Modell noch immer staatlich bevorzugt, obwohl eine Vielzahl an Religionen hinzugekommen sei. "Ein christliches Deutschland gibt es nicht mehr, die Zahl der religionspolitischen Konflikte wächst", so der For-

scher des **Exzellenzclusters "Religion und Politik"** der Uni Münster. "Doch Politik und Kirchen wagen keine aktive oder pro-aktive Religionspolitik. Vor allem der Islam stößt an eine 'gläserne Decke'", heißt es in der Studie "Der verlorene Himmel". Die erste historische Gesamtschau über "Glaube in Deutschland seit 1945" erscheint diese Woche im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht in Göttingen, heißt es in einer Pressemittei-

lung.

Beispiele für religionspolitische Konflikte gebe es in großer Zahl: die Diskussion um die Abweisung einer vergewaltigten Frau in zwei katholischen Kliniken, das Streikrecht für kirchliche Bedienstete, die Beschneidungsdebatte und die Koranverteilung durch Salafisten.

Abbildung: Thomas Großbölting

Fotograf: WWU

Ressort: Münster
Quellrubrik: Stadt Münster
Ausgabe: Münstersche Zeitung Münster |
Gesamtausgabe

Auflage: 31.289 (verbreitet)
Reichweite: 0,07 (in Mio.)

Aktive Religionspolitik fehlt

Forscher der Uni Münster: Neue Rolle der Kirche noch nicht erkannt

MÜNSTER. Politik und Kirchen in Deutschland verharren nach einer Studie von Zeithistoriker Prof. **Thomas Großbölting** religionspolitisch in den 1950er-Jahren. Die Kirchen würden nach damaligem Modell noch immer staatlich bevorzugt, obwohl eine Vielzahl an Religionen hinzugekommen sei. "Ein christliches Deutschland gibt es nicht mehr, die Zahl der religionspolitischen Konflikte wächst", so der Forscher des **Exzellenzclusters "Religion und Politik"** der Uni Münster. "Doch Politik und Kirchen wagen keine aktive oder pro-aktive Religionspolitik. Vor allem der Islam stößt an eine ‚gläserne Decke‘", heißt es in der Studie "Der verlorene Himmel". Die erste historische Gesamtschau über "Glaube in Deutschland seit 1945" erscheint diese Woche im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht in Göttingen.

Beispiele für religionspolitische Konflikte gebe es viele: die Diskussion um

die Abweisung einer vergewaltigten Frau in katholischen Kliniken, das Streikrecht für kirchliche Bedienstete, die Beschneidungsdebatte und die Koranverteilung durch Salafisten. "Politik und Kirchen unterschätzen den Handlungsbedarf notorisch. Sie nehmen Veränderungen erst wahr, wenn sie als Probleme auftreten", sagt Großbölting. Eine Politik, die alle Religionsgemeinschaften gleich behandle, sei nicht in Sicht. "Stattdessen herrscht ein System der hinkenden Trennung von Kirche und Staat, das in der Nachkriegszeit entstanden ist", so der Historiker. "Vieles davon hat sich bis heute erhalten: die Kirchensteuer, der Religionsunterricht an staatlichen Schulen oder der Sitz von Kirchenvertretern in Rundfunkgremien." Die Rechte und Ansprüche Andersgläubiger sowie der wachsenden Gruppe an Religionslosen hingegen fielen unter den Tisch.

Die christlichen Großkirchen profitie-

ren, so der Forscher, von ihrer Bevorzugung nur bedingt: "Kirchliches Leben ist heute hochgradig gesellschaftlich integriert, gut organisiert und oft auch politisch einflussreich - doch als religiöser Anbieter für viele Menschen unattraktiv denn je." So gehöre aktuell nur je ein Drittel der Bevölkerung noch einer der christlichen Kirchen an, um 1950 seien es noch 95 Prozent gewesen. Vor allem aber die Teilnahme der Mitglieder am kirchlichen Leben gehe kontinuierlich zurück. "Das Christentum ist zu einem Anbieter unter vielen für Sinnstiftung und Sonntagsgestaltung geworden", sagt Großbölting. Diese neue Rolle wüssten die Kirchen noch nicht zu füllen. Auch intern könnten sie mit Vielfalt nur schlecht umgehen. "Insbesondere die katholische Kirche hält weiterhin an einem historisch überkommenen Geschlossenheitsprinzip fest, das ihren Mitgliedern Freiheitsrechte verweigert."

Abbildung: Thomas Großbölting: Kirchen und Politik handeln wie in den 50er-Jahren. Foto Uni Münster

Quelle KNA Basisdienst vom 18. Februar 2013, Seite 11-12

Wissenschaftler: Staat bevorzugt Kirchen im Übermaß

Münster (KNA) Der Münsteraner Historiker **Thomas Großbölting** kritisiert eine übermäßige staatliche Bevorzugung der Kirchen in Deutschland. Sie würden nach dem religionspolitischen Modell der 1950er Jahre privilegiert, obwohl inzwischen eine Vielzahl an Religionen hinzugekommen sei, heißt es in der am Montag in Münster vorgestellten Studie "Der verlorene Himmel" des Wissenschaftlers. Eine weitsichtige Politik, die alle Religionsgemeinschaften einschließlich des Islams gleich behandle, sei nicht in Sicht.

Großbölting bemängelte "ein System der hinkenden Trennung von Kirche und Staat", das in der Nachkriegszeit entstanden sei. Bis heute hätten sich die Kirchensteuer, Religionsunterricht an Schulen oder Kirchenvertreter in Rundfunkgremien erhalten. Die Rechte und Ansprüche Andersgläubiger sowie die wachsende Gruppe an Religionslosen fielen dagegen unter den Tisch.

Das "altbundesrepublikanische" Kooperationsmuster zwischen Staat und Kirche sei im Grundgesetz von 1949 begründet und nehme wesentliche Bestimmungen der Weimarer Verfassung auf, so Großbölting. In den 1950er Jahren sei die Gesellschaft aber noch dominant christlich geprägt gewesen. Was die Kirchen in dieser Zeit als moralische Wegmarke im Bereich von Familie, Sexualität und Bildung vorgegeben hätten, sei zwei Jahrzehnte später nur noch eine Position von vielen. Während in den 1950er Jahren noch 95 Prozent der Bevölkerung einer der christlichen Kirchen angehört hätten, betrage dieser Anteil heute lediglich zwei Drittel. Zudem gehe die Teilnahme der Mitglieder am Leben der Kirche kontinuierlich zurück.

(KNA - InkmIs-Id-1254.18ki)

Quelle epd-Landesdienst West vom 18. Februar 2013
Ressort Kirchen

Historiker: Es gibt kein christliches Deutschland mehr – Wissenschaftler legt historische Gesamtschau zu Religion in Deutschland vor

Münster (epd). Eine staatliche Bevorzugung der Kirchen ist nach Meinung des Münsteraner Historiker **Thomas Großbölting** nicht mehr zeitgemäß. "Ein christliches Deutschland gibt es nicht mehr, die Zahl der religionspolitischen Konflikte wächst", erklärte der Forscher des **Exzellenzclusters "Religion und Politik"** in einer am Montag von der Universität Münster vorgestellten Studie. Die Regelungen zwischen Kirche und Staat stammten noch aus der Nachkriegszeit. Die Rechte und Ansprüche Andersgläubiger sowie der wachsenden Gruppe an Religionslosen fielen unter den Tisch.

Als Beispiele für eine staatliche Bevorzugung der Kirchen sieht Großbölting in der Kirchensteuer, dem Religionsunterricht an staatlichen Schulen oder der Sitz von Kirchenvertretern in Rundfunkgremien. Politik und Kirchen unterschätzen den Handlungsbedarf notorisch, kritisierte der Historiker. Sie nähmen Veränderungen erst wahr, wenn sie als Probleme aufträten. Eine weitsichtige Politik, die alle Religionsgemeinschaften gleich behandle, sei nicht in Sicht, bemängelte der Historiker, der laut Universität jetzt die erste historische Gesamtschau über "Glaube in Deutschland seit 1945" vorgelegt hat.

Kirchliches Leben sei heute hochgradig gesellschaftlich integriert, gut organisiert und oft auch politisch einflussreich, erklärte Großbölting weiter. Doch als religiöser Anbieter seien Kirchen für viele Menschen unattraktiver denn je. So gehöre aktuell nur je ein Drittel der Bevölkerung noch einer der christlichen Kirchen an. Um 1950 seien es noch 95 Prozent gewesen. Vor allem aber die Teilnahme der Mitglieder am kirchlichen Leben gehe kontinuierlich zurück. "Das Christentum ist zu einem Anbieter unter vielen für Sinnstiftung und Sonntagsgestaltung geworden." Diese neue Rolle wüssten die Kirchen noch nicht zu füllen.

Begründet sei das "altbundesrepublikanische" Kooperationsmuster zwischen Staat und Kirche im Grundgesetz von 1949, das wesentliche Bestimmungen der Weimarer Verfassung aufgenommen habe, führte der Historiker weiter aus. Zu einer Zeit, in der die Gesellschaft dominant christlich geprägt war und man einen ideellen Neuanfang nach dem Nationalsozialismus suchte, habe dieses Zusammenspiel für Politik und Kirchen hervorragend funktioniert.

Seite: 18
Ressort: Wissenschaft & Wetter

Auflage: 40.773 (verbreitet)
Reichweite: 0,14 (in Mio.)

Gesamtschau über Glauben

Studie der Universität Münster: Neue Rolle der Kirchen

Eine staatliche Bevorzugung der Kirchen ist nach Meinung des Münsteraner Historikers Prof. **Thomas Großbölting** nicht mehr zeitgemäß. "Ein christliches Deutschland gibt es nicht mehr, die Zahl der religionspolitischen Konflikte wächst", erklärte der Forscher des **Exzellenzclusters "Religion und Politik"** in einer am Montag von der Universität Münster vorgestellten Studie.

Die Regelungen zwischen Kirche und Staat stammten noch aus der Nachkriegszeit. Die Rechte und Ansprüche Andersgläubiger sowie der wachsenden Gruppe an Religionslosen fielen unter den Tisch. Beispiele für eine staatliche Bevorzugung der Kirchen sieht Großbölting in der Kirchensteuer, dem Religionsunterricht an staatlichen Schulen

oder dem Sitz von Kirchenvertretern in Rundfunkgremien.

Politik und Kirchen unterschätzten den Handlungsbedarf notorisch, kritisierte der Historiker. Sie nähmen Veränderungen erst wahr, wenn sie als Probleme aufträten. Eine weitsichtige Politik, die alle Religionsgemeinschaften gleich behandle, sei nicht in Sicht, bemängelte der Historiker, der laut Universität jetzt die erste historische Gesamtschau über "Glaube in Deutschland seit 1945" vorgelegt hat.

Kirchliches Leben sei heute hochgradig gesellschaftlich integriert, gut organisiert und oft auch politisch einflussreich, erklärte Großbölting weiter. Doch als religiöser Anbieter seien Kirchen für viele Menschen unattraktiver

denn je. So gehöre aktuell nur je ein Drittel der Bevölkerung noch einer der christlichen Kirchen an. Um 1950 seien es noch 95 Prozent gewesen. Vor allem die Teilnahme der Mitglieder am kirchlichen Leben gehe kontinuierlich zurück. "Das Christentum ist zu einem Anbieter unter vielen für Sinnstiftung und Sonntagsgestaltung geworden." Diese neue Rolle wüssten die Kirchen noch nicht zu füllen. epd

Thomas Großbölting: "Der verlorene Himmel. Glaube in Deutschland seit 1945". Vandenhoeck & Ruprecht, 320 Seiten, 29,99 Euro
Symbol: Kreuz in einer Kirche.dpa

Seite: 7
Ressort: Hintergrund

Auflage: 140.765 (verbreitet)
Reichweite: 0,35 (in Mio.)

Deutschland nicht mehr christlich

Historische Gesamtschau zu Religion

MÜNSTER Eine staatliche Bevorzugung der Kirchen ist nach Meinung des Münsteraner Historiker **Thomas Großbölting** nicht mehr zeitgemäß. "Ein christliches Deutschland gibt es nicht mehr, die Zahl der religionspolitischen Konflikte wächst", erklärte der Forscher des **Exzellenzclusters "Religion und Politik"** in einer gestern von der Universität Münster vorgestellten Studie. Die Regelungen zwischen Kirche und Staat stammten noch aus der Nachkriegszeit. Die Rechte und Ansprüche Andersgläubiger sowie der wachsenden Gruppe an

Religionslosen fielen unter den Tisch. Als Beispiele für eine staatliche Bevorzugung der Kirchen sieht Großbölting in der Kirchensteuer, dem Religionsunterricht an staatlichen Schulen oder der Sitz von Kirchenvertretern in Rundfunkgremien. Politik und Kirchen unterschätzen den Handlungsbedarf notorisch. Sie nähmen Veränderungen erst wahr, wenn sie als Probleme aufträten. Eine weitsichtige Politik, die alle Religionsgemeinschaften gleich behandle, sei nicht in Sicht, bemängelte der Historiker, der laut Universität jetzt die erste

historische Gesamtschau über "Glaube in Deutschland seit 1945" vorgelegt hat. Kirchliches Leben sei heute hochgradig gesellschaftlich integriert, gut organisiert und oft auch politisch einflussreich, erklärte Großbölting weiter. Doch als religiöser Anbieter seien Kirchen für viele Menschen unattraktiver denn je. So gehöre aktuell nur je ein Drittel der Bevölkerung noch einer der christlichen Kirchen an. Um 1950 seien es noch 95 Prozent gewesen. epd

Urheberinformation: (c) Westf. Anzeiger

Seite: 4
Ressort: AN Politik

Quellrubrik: Aachener Nachrichten - Stadt
Ausgabe: Aachener Nachrichten Stadt

Zur Person

Kurz notiert

- Yoani Sanchez, international bekannte kubanische Bloggerin, hat nach jahrelanger Ausreisesperre zum ersten Mal ihr Land verlassen können. Wie kubanische Dissidenten berichteten, konnte Sánchez ohne Probleme am Sonntag die Passkontrolle am Flughafen von Havanna passieren und ein Flugzeug besteigen. Zuvor hatte die Bloggerin angekündigt, in den nächsten drei Monaten insgesamt zehn Länder zu bereisen, darunter Deutschland. Danach will sie wieder nach Kuba zurückkehren. Möglich wurde die Ausreise der preisgekrönten Bloggerin durch das am 14. Januar inkraft getretene neue Reisegesetz, das die bisher erforderliche Ausreisegenehmigung abschaffte. In den vergangenen Tagen konnten bereits wei-

tere bekannte Oppositionelle ausreisen. (dpa)/Foto: dpa

Christliches Deutschland gibt es nicht mehr

Münster. Eine staatliche Bevorzugung der Kirchen ist nach Meinung des Historikers **Thomas Großbölting** nicht mehr zeitgemäß. Ein christliches Deutschland gibt es nicht mehr, die Zahl der religionspolitischen Konflikte wächst, erklärte der Forscher des **Exzellenzclusters Religion und Politik** in einer von der Universität Münster vorgestellten Studie. Die Regelungen zwischen Kirche und Staat stammten noch aus der Nachkriegszeit. Die Rechte und Ansprüche Andersgläubiger sowie der wachsenden Gruppe an Religionslosen fielen unter den Tisch. Beispiele für eine staat-

liche Bevorzugung der Kirchen sieht Großbölting in der Kirchensteuer, dem Religionsunterricht an staatlichen Schulen oder dem Sitz von Kirchenvertretern in Rundfunkgremien. (epd)

Wahlprogramm: Union will Bürger beteiligen

Berlin. CDU und CSU wollen ihr gemeinsames Programm für den kommenden Bundestagswahlkampf stärker als bislang in Gesprächen mit Bürgern und Parteibasis erarbeiten. Die Union werde Menschen auf allen Ebenen der Gesellschaft und Partei einladen, ihre Erfahrungen einzubringen und zu sagen, was ihnen wichtig ist, sagte gestern CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe. (dpa)

Seite: 3
Ressort: Politik
Ausgabe: Ausgabe Ludwigsburg Stadt und Kreis

Auflage: 39.030 (verbreitet)
Reichweite: 0,14 (in Mio.)

"Kirche nur noch ein Anbieter unter vielen"

Eine staatliche Bevorzugung der Kirchen ist nach Meinung des Münsteraner Historiker **Thomas Großbölting** nicht mehr zeitgemäß. "Ein christliches Deutschland gibt es nicht mehr, die Zahl der religionspolitischen Konflikte wächst", erklärte der Forscher des **Exzellenzclusters "Religion und Politik"** in einer gestern von der Universität Münster vorgestellten Studie. Die Regelungen zwischen Kirche und Staat stammten noch aus der Nachkriegszeit. Die Rechte und Ansprüche Andersgläubiger sowie der wachsenden Gruppe an Religionslosen fielen unter den Tisch. Beispiele für eine staatliche Bevorzugung der Kirchen sieht Großbölting in

der Kirchensteuer, dem Religionsunterricht an staatlichen Schulen oder dem Sitz von Kirchenvertretern in Rundfunkgremien. Politik und Kirchen unterschätzten den Handlungsbedarf notorisch, kritisierte der Historiker. Sie nähmen Veränderungen erst wahr, wenn sie als Probleme aufträten.

Eine weitsichtige Politik, die alle Religionsgemeinschaften gleich behandle, sei nicht in Sicht, bemängelte der Historiker, der laut Universität jetzt die erste historische Gesamtschau über "Glaube in Deutschland seit 1945" vorgelegt hat. Kirchliches Leben sei heute hochgradig gesellschaftlich integriert, gut organisiert und oft auch politisch einflussreich,

erklärte Großbölting. Doch als religiöser Anbieter seien Kirchen für viele Menschen unattraktiver denn je. So gehöre aktuell nur je ein Drittel der Bevölkerung einer der christlichen Kirchen an. Um 1950 seien es noch 95 Prozent gewesen.

Vor allem die Teilnahme der Mitglieder am kirchlichen Leben gehe kontinuierlich zurück. "Das Christentum ist zu einem Anbieter unter vielen für Sinnstiftung und Sonntagsgestaltung geworden." Diese neue Rolle wüssten die Kirchen allerdings noch nicht zu füllen. (epd)

Urheberinformation: (c) Ludwigsburger Kreiszeitung

System aus der Nachkriegszeit in der Kritik

Münster (gl). Politik und Kirchen in Deutschland verharren nach einer Studie des Zeithistoriker Prof. **Thomas Großbölting** von der Uni Münster religionspolitisch in den 1950er-Jahren. Die Kirchen würden nach damaligem Modell noch immer staatlich bevorzugt, obwohl eine Vielzahl an Religionen hinzugekommen sei. "Ein christliches Deutschland gibt es nicht mehr", so der Forscher des **Exzellenzclusters "Religion und Politik"**. "Doch Politik und Kirchen wagen keine aktive Religionspolitik. Vor allem der Islam stößt an eine 'gläserne Decke'", heißt es in der Studie "Der verlorene Himmel". Die Gesamtschau über "Glaube in Deutschland seit 1945" erscheint im Verlag Vandenhoeck in Göttingen.

Beispiele für religionspolitische Konflikte gebe es in großer Zahl: Die Diskussion um die Abweisung einer vergewaltigten Frau in zwei katholischen Kliniken, die Beschneidungsdebatte und die Koranverteilung durch Salafisten. "Politik und Kirchen unterschätzen den Handlungsbedarf. Sie nehmen Veränderungen erst wahr, wenn sie als Probleme auftreten." Eine weitsichtige Politik, die alle Religionsgemeinschaften gleich behandle, sei nicht in Sicht. "Stattdessen herrscht ein System der hinkenden Trennung von Kirche und Staat, das in der Nachkriegszeit entstanden ist", so der Historiker. "Vieles davon hat sich bis heute erhalten: die Kirchensteuer, der Religionsunterricht an staatlichen Schulen oder der Sitz von

Kirchenvertretern in Rundfunkgremien." Die Rechte und Ansprüche Andersgläubiger sowie der wachsenden Gruppe an Religionslosen hingegen fielen unter den Tisch.

Die christlichen Großkirchen profitieren nach Einschätzung des Forschers von ihrer Bevorzugung nur bedingt: "Kirchliches Leben ist heute hochgradig gesellschaftlich integriert - doch als religiöser Anbieter für viele Menschen unattraktiver denn je." Vor allem die Teilnahme der Mitglieder am kirchlichen Leben gehe kontinuierlich zurück. "Das Christentum ist zu einem Anbieter unter vielen geworden." Diese Rolle wüssten die Kirchen noch nicht zu füllen.

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten - Die Glocke, Verlag E. Holterdorf GmbH und Co. KG

Volle Kirchenbänke gibt es oft nur noch an christlichen Hochfesten wie Weihnachten.

Die Glocke Oelder Zeitung vom 26.02.2013

Die Glocke

Die Glocke

Westfalen

Dienstag, 26. Februar 2013

Zeithistoriker Thomas Großbölting

„Ein christliches Deutschland gibt es nicht mehr“

Von unserem Redaktionsmitglied RALF OSTERMANN

Münster (gl). Die Behauptung ist provokant: „Ein christliches Deutschland gibt es nicht mehr“, sagt der Münsteraner Zeithistoriker Prof. Dr. Thomas Großbölting. Er hat unter dem Titel „Der verlorene Himmel“ soeben die erste historische Gesamtschau über „Glaube in Deutschland seit 1945“ vorgelegt. An seinen Erkenntnissen ließ der Experte die „Glocke“ teilhaben.

„Die Glocke“: Ihrem neuen Buch stellen Sie die Aussage voran: „Ein christliches Deutschland gibt es nicht mehr.“ Woran machen Sie das fest?

Großbölting: Quantitativ ist das religiöse Feld in Deutschland immer noch stark christlich geprägt, aber die Veränderungen sind schon dramatisch. Innerhalb von zwei Generationen ist die Zahl der Kirchenmitglieder von über 95 Prozent in der unmittelbaren Nachkriegszeit auf unter 60 Prozent gefallen, circa jeweils etwas unter 30 Prozent bei Katholiken und Protestanten. Noch entscheidender: All die Themen, die in den 1950er-Jahren und danach noch ganz selbstverständlich vor einem christlichen Horizont diskutiert wurden – Familie, Ehe, Sexualität, Kindererziehung, aber auch Fragen der staatlichen Ge-

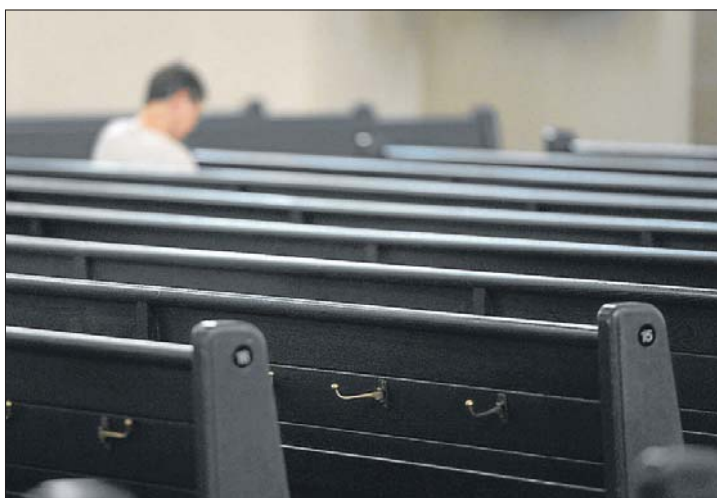
walt und des Krieges – werden heute viel pluraler thematisiert.

„Die Glocke“: Ist aber deswegen, wie Ihr Buchtitel assoziiert, der Himmel gleich verloren?

Großbölting: Ich habe das Buch bewusst nicht „der zerstörte“ oder „der abgeschaffte Himmel“ genannt, sondern „der verlorene“. Das Christentum an sich ist nicht tot, wohl aber sind die spezifischen Sozialformationen an ihr Ende gekommen, die es in den vergangenen Jahrhunderten geprägt haben. Die Option eines gläubigen Lebens ist da, aber für immer weniger Menschen ist sie persönlich noch relevant, für immer mehr gesellschaftliche Zusammenhänge ist sie „verloren“ gegangen.

„Die Glocke“: Sie werfen Politik und Kirchen vor, religionspolitisch in den 1950er-Jahren zu verharren. Welche Belege haben Sie dafür?

Großbölting: In den 1950er-Jahren etabliert sich ein Zusammenspiel von Staat und Kirche, welches die Experten als „hinkende Trennung“ bezeichnet haben: In vielen Bereichen wurden die Kirchen tief in staatliche Aufgaben mit hineingezogen, insbesondere in Schule, Erziehung, aber auch an den Universitäten und – ökonomisch wichtig – im Bereich der Gesundheit und Pflege. Diese Indienstnahme funktionierte deshalb, weil sich auch die Interessen und Überzeugungen stark deckten.



Leere Kirchenbänke: Der regelmäßige Gottesdienstbesuch ist für viele katholische und evangelische Gläubige in Deutschland schon lange kein Muss mehr. Bilder: dpa

Wertvolle Botschaft lebendig halten

„Die Glocke“: Wie sieht die Zukunft aus: Sind wir auf dem Weg in eine multireligiöse Gesellschaft? Oder wird eine Entchristlichung wie in weiten Teilen Ostdeutschlands auch im West-Deutschland Schule machen?

Großbölting: Wir sind schon eine multireligiöse Gesellschaft, auch wenn viele das nicht wahrhaben wollen. Nicht nur außerhalb, sondern insbesondere in den Kirchen selbst ist eine große Bandbreite von Glaubensvorstellungen vertreten. Deutschland insgesamt wird religiös noch lange zweigespalten bleiben: Eine Kultur der Konfessionslosigkeit im Osten steht neben einer erodierenden Volkskirche im Westen. Diese Erosion der alten Selbstverständlichkeiten bietet für die Kirchen die Chance, sich aus alten Verkrustungen zu befreien und ihre in vielen Aspekten wertvolle Botschaft und Tradition neu zu verlebendigen.

Thomas Großbölting, Der verlorene Himmel. Glaube in Deutschland seit 1945, Vandenhoeck & Ruprecht, 29,99 Euro.



Religionsgemeinschaften gleich behandeln

„Die Glocke“: Wie könnte der religionspolitische Weg in die Moderne aussehen?

Großbölting: Staatliche Religionspolitik in Deutschland wird mehr als bislang darauf achten müssen, die verschiedenen Religionsgemeinschaften gleich und damit gerecht zu behandeln. Religiöse Neutralität oder Unparteilichkeit aufseiten



des Staates erfordert eine Form des gleichen Abstands zwischen Staat und Religionsgemeinschaften. Eine „hinkende Trennung“, die nur als Privilegierung der christlichen Großkonfessionen auftritt, ist damit nicht vereinbar. Erst langsam zeigen sich Ansätze zu einer Aufhebung dieses Zustands, indem religiösen Gemeinschaften unterschiedlichen Bekenntnisses gleiche Möglichkeiten eingeräumt werden.

„Die Glocke“: Sie beschreiben, dass die Kirchen in der Vergan-

genheit in den unterschiedlichsten Bereichen die Moral- und Verhaltensvorstellungen prägten. Welche Folgen hat es, wenn die Kirchen diese Rolle zunehmend einbüßen? Wer tritt an ihre Stelle?

Großbölting: Das ist ein ganz heikles Problem. In der politischen Kultur der Bundesrepublik ist stark verankert, dass sich die Kirchen beispielsweise im Sinne von Familie, Fragen der Ehe, aber auch der Unterprivilegierten äußern. Vielfach dringen die Vertreter des Protestantismus und des

Katholizismus mit ihren Positionen nicht mehr durch. Es wird darauf ankommen, dass sich in der Zivilgesellschaft breitere Diskussionen entwickeln, die diese Leerräume füllen. Umgekehrt kommt den Kirchen weiterhin eine wichtige Stimme in diesem Chor der Meinungen zu. Nur stärker als bisher werden sie argumentieren und für ihre Position werben müssen und können nicht, wie vormals, allein aus einer Position der Stärke heraus agieren.



Aus Sicht der Kirchen ist außerhalb kein Heil

„Die Glocke“: Immer mehr Bürger treten aus den Kirchen aus, bezeichnen sich aber weiter als gläubig. Ist die Institution Kirche überhaupt notwendig, um einen christlichen Glauben zu leben?

Großbölting: Aus Sicht der Kirchen ja! Außerhalb der Kirche ist kein Heil – so hat es insbesondere die katholische Kirche immer wieder betont. Beide Kirchen haben sich lange Zeit als Organisationen verstanden, deren Mitglieder bestimmte Sätze glauben und ein

bestimmtes Verhalten praktizieren sollten. Seit den 1960er-Jahren ändert sich das auch innerhalb der Kirchen selbst: Man stellt die eigene Seelsorge immer stärker auf die Belange der Gläubigen ab und konzentriert sich auf das Individuum. Nicht mehr die autoritäre Belehrung, sondern die begleitende Seelsorge steht im Vordergrund. Theologisch wird beispielsweise im Zweiten Vatikanum in diese Richtung gedacht. Wenn jetzt aber umgekehrt die Kirchen versuchen, die Befolgung

ihrer Gebote einzufordern, erleben sie regelmäßigen Schiffbruch. Das jüngste Beispiel ist der öffentliche Protest gegen die Abweisung einer vergewaltigten Frau in zwei katholischen Kliniken, weil die Ärzte mit ihr nicht über die sogenannte Pille danach sprechen durften.

„Die Glocke“: Man hört immer wieder: In Not- und Kriegszeiten sind die Kirchen voll. Können Sie mit dieser Behauptung etwas anfangen?

Großbölting: Ja und nein! Am

Ende der 1940er- und während der 1950er-Jahre ist der damals zu beobachtende Wunsch nach Re-Christianisierung ein Reflex auf den Nationalsozialismus. Man orientiert sich stark an den vermeintlich stabilen Werten des Christentums. Da könnte man sagen, dass nicht die aktuelle Not, wohl aber zurückliegende Krisenzeit das religiöse Engagement stark geprägt hat. Ob heute die Kirchen noch eine so starke Rolle in einer aktuellen Krisen- oder Notzeit hätten? Ich bezweifle das.



Die Muslime in Deutschland sind laut Großbölting religiös viel aktiver als der Durchschnittschrist.

Quelle KNA Basisdienst vom 28.03.2013, Seite 5

Historiker: Kirchen verlieren rasant an Boden

Berlin (KNA) Die beiden großen Kirchen in Deutschland verlieren nach Ansicht des Münsteraner Historikers **Thomas Großbölting** rasant an Boden. "Spätestens 2025 wird weniger als die Hälfte der Deutschen der katholischen oder evangelischen Kirche angehören", schreibt Großbölting in einem Kommentar für die "Welt" (Donnerstag). Der Trend sei selbst dann nicht mehr zu stoppen, "wenn ab heute niemand mehr aus der Kirche austritt".

Normalerweise änderten sich Weltanschauungen und Mentalitäten nur langsam, betont der Wissenschaftler. "Im Fall des Christentums scheint diese Regel außer Kraft gesetzt." In drei bis vier Generationen, "also in erstaunlich kurzer Zeit", sei in Deutschland eine "tiefgreifende Entkirchlichung" zu beobachten. Bekannten sich laut Großbölting in den 1950er Jahren noch 95 Prozent zu einer der beiden großen Kirchen, stellten Katholiken und Protestanten heute nur noch einen Anteil von jeweils unter 30 Prozent.

Hinter den nackten Zahlen verberge sich ein Wandel in der Wahrnehmung des Christentums. Dessen Wirkung in der Gesellschaft nehme massiv ab. Dabei werde die in Zeiten des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg im Westen Deutschlands praktizierte Nähe der Kirchen zur Politik ein Problem. "Allgemeine Etabliertheit und Finanzkraft" verdeckten die spirituelle Ausstrahlung.

Als Beispiel nannte Großbölting Caritas und Diakonie. "Was im 19. Jahrhundert als Modell christlicher Nächstenliebe weit in die Gesellschaft hineinwirkte, ist heute zu einem System von Sozialkonzernen geworden." Von der Konkurrenz unterscheide man sich nur noch dadurch, "dass man die Mitarbeiter rigide reglementiert. Christlich ist das nicht."

Großbölting verwies auf das Stichwort "Entweltlichung", dass Benedikt XVI. bei seinem Deutschlandbesuch 2011 geprägt hatte. Die deutschen Bischöfe hätten den Anstoß des damaligen Papstes "schnell als ein Missverständnis beiseitegeschoben". Dabei seien neue Impulse dringend nötig, um das "ebenso gut situierte wie leblos auftretende Christentum in Deutschland" aufzurütteln. "In der Diskussion über die Werte und Vorstellungen unserer Gesellschaft werden die Interventionen von Christen dringend gebraucht."

Von Großbölting, Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, erschien unlängst das Buch "Der verlorene Himmel. Glaube in Deutschland seit 1945." Der 43-Jährige studierte außer Geschichte und Germanistik auch katholische Theologie, unter anderem an der Päpstlichen Hochschule Gregoriana in Rom.

(KNA - nknms-89-00028)

"Wohlwollende Neutralität" unter Beschuss

Forderungen nach strikterer Trennung von Staat und Kirche

Von Christoph Arens (KNA)

Berlin (KNA) Ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl formieren sich in allen Parteien außer der Union Stimmen, die eine striktere Trennung von Staat und Kirche fordern. Zur Debatte stehen der staatliche Einzug der Kirchensteuer, das kirchliche Arbeitsrecht, aber auch die historisch begründeten Staatsleistungen an die Kirchen. Bislang sind solche Stimmen - mit Ausnahme der Linken – innerhalb ihrer Parteien in der Minderheit.

Am Wochenende kündigte die Gruppe der Laizisten in der SPD an, im Bundestagswahlprogramm die Forderung nach Abschaffung kirchlicher Privilegien verankern zu wollen. Gleiches will der Arbeitskreis Säkulare Grüne im Wahlprogramm der Grünen. Auch die Jungen Liberalen sprachen sich am Wochenende für eine Abschaffung des staatlichen Kirchensteuereinzugs aus. Der Vorsitzende Lasse Becker sagte, man komme "ja auch nicht auf die Idee, für die Freiwillige Feuerwehr, das Rote Kreuz oder für politische Parteien die Beiträge vom Staat einziehen zu lassen".

Udo di Fabio, früherer Bundesverfassungsrichter, definiert das Verhältnis von Staat und Kirche in Deutschland als "wohlwollende Neutralität": "Der Staat weiß, dass seine kulturellen Grundlagen gestärkt werden durch aktive Glaubensgemeinschaften", so der Katholik. Dass diese Architektur wieder stärker hinterfragt wird, hängt mit vielen Faktoren zusammen. Da ist der Vertrauensverlust, den die Kirchen nach dem Missbrauchsskandal - vor allem in der katholischen Kirche - seit 2010 erlitten haben. Zugleich haben die beiden großen Kirchen bei den Mitgliederzahlen rasant an Boden verloren: In drei bis vier Generationen habe es eine "tiefgreifende Entkirchlichung" gegeben, schrieb kürzlich der Münsteraner Historiker **Thomas Großbölting**. Katholiken und Protestanten stellen heute nur noch einen Anteil von jeweils unter 30 Prozent.

Dazu kommt, dass, so SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles, die spürbare Rückkehr von Religion in den öffentlichen Raum - vor allem durch den Islam - Menschen provoziere, die aus Überzeugung ohne Bekenntnis leben. Und ihr Parteifreund Wolfgang Thierse ergänzt: "Es mehren sich die Stimmen derer, die aus dem weltanschaulich neutralen Staat einen parteiischen Staat der Religionslosen machen wollen." Religionslosigkeit könne gefährlich sein, argumentiert er auch unter Verweis auf seine DDR-Erfahrung und die schlimmsten religionslosen Verbrecher des 20. Jahrhunderts: Stalin, Hitler, Mao Zedong.

Mehrheiten für ein völlig verändertes Verhältnis von Staat und Kirche sind weder bei SPD und Grünen noch bei der FDP in Sicht. Eine Rolle rückwärts zur antiklerikalen Haltung der SPD schlossen sowohl Parteichef Sigmar Gabriel als auch Generalsekretärin Nahles aus. Und FDP-Generalsekretär Patrick Döring erklärte am Wochenende, er sehe keine Notwendigkeit, das Nein zum staatlichen Kirchensteuereinzug ins FDP-Wahlprogramm aufzunehmen.

Das schließt Veränderungen nicht aus. Etwa bei den auf die Zeit Napoleons zurückgehenden Staatsleistungen, die sich pro Jahr auf über 400 Millionen Euro für beide Kirchen belaufen. Die Kirchen haben signalisiert, dass sie zu Verhandlungen bereit sind. Auch das kircheneigene Arbeitsrecht steht unter Druck: Linke und Grüne haben im Bundestag ein Streikrecht und mehr Mitbestimmung für Kirchenmitarbeiter gefordert. Im November hat das Bundesarbeitsgericht entschieden, dass Streiks in kirchlichen Betrieben nicht grundsätzlich ausgeschlossen seien, aber dann untersagt sind, wenn die Kirchen die Gewerkschaften in ihre Verhandlungen einbinden.

Zunehmend hinterfragt werden auch die Loyalitätspflichten, die insbesondere die katholische Kirche von ihren Mitarbeitern fordert. 2010 und 2011 hatten der Europäische Menschenrechtsgerichtshof und das Bundesarbeitsgericht in konkreten Einzelfällen den Kündigungen eines Essener Organisten sowie eines Chefarztes eines katholischen Krankenhauses in Düsseldorf wegen Wiederheirat nach Scheidung widersprochen, allerdings im Grundsatz das kirchliche Arbeitsrecht bestätigt. Auch bei den katholischen Bischöfen gibt es eine Debatte darüber, wie man mit geschiedenen und wiederverheirateten Mitarbeitern umgeht.

(KNA - nkokr-89-00020)

Glaube und Religion nach 1945

Polizei überrascht schlafenden Täter

Münster - Einen verurteilten Straftäter hat die Bundespolizei am Sonntag um 23.50 Uhr schlafend in einem Reisezugwagen aus Emden entdeckt. Der Waggon stand bereits auf dem Abstellgleis des Hauptbahnhofs. Wie eine Überprüfung ergab, hat der 44-Jährige wegen einiger Diebstähle noch eine Gesamtgeldstrafe in Höhe von insgesamt 1200 Euro zu zahlen oder ersatzweise 60 Tage Haft zu verbüßen. Da der Mann, der zurzeit ohne festen Wohnsitz ist, den Geldbetrag nicht aufbringen konnte, nahmen ihn die Bundespolizisten fest und lieferten ihn in die Justizvollzugsanstalt ein, heißt es in einer Pressemitteilung.

Stadtrundgang mit "Fräulein Emmi"

Münster - Im Rahmen der "Münsterischen Stadtpaziergänge" bietet StadtReisen am Donnerstag (11. April) um

19 Uhr einen Rundgang mit dem Titel "Fräulein Emmis Fremdenführung" an. Bei diesem komödiantischen Stadtrundgang führt "Fräulein Emmi" - Verkäuferin in der Handschuhabteilung des Kaufhauses Rawe und frischgebackene Fremdenführerin - durch das Münster der "goldenen 20er Jahre" und erzählt vom Stadtbild, von Tanzlokalen, von Mode und Musik der damaligen Zeit. Treffpunkt ist am Eingang des Iduna-Hochhauses am Servatiiplatz.

Polizei registriert Fahrräder

Münster - "Meins bleibt meins!", die Kampagne des Polizeipräsidiums Münster, geht weiter. Am heutigen Mittwoch registriert die Polizei in der Zeit von 10 bis 14 Uhr Fahrräder auf dem Harsewinkelplatz. Interessierte Bürger werden gebeten, neben dem Fahrrad ihren gültigen Personalausweis und einen geeigneten Eigentumsnachweis

zur kostenlosen Registrierung mitzubringen. Noch bis Oktober werden die Registrierungsaktionen in der Innenstadt sowie in verschiedenen Stadtteilen durch die münsterische Polizei angeboten.

Glaube und Religion nach 1945

Münster - "Der verlorene Himmel. Glaube und Religion in Deutschland nach 1945" ist am Donnerstag (11. April) von 18.30 bis 21 Uhr das Thema eines Forums der Akademie Franz-Hitze-Haus. Referent und Gesprächspartner ist Prof. Dr. **Thomas Großbölting** aus Münster. Information und Anmeldung: Akademie Franz Hitze Haus, Kardinal-von-Galen-Ring 50, Telefon 9818-700, E-Mail: zahn@franz-hitze-haus.de.

"Die kirchliche Schlagseite ist ein staatliches Problem"

Historiker Großbölting eröffnet Reihe über Religion nach 1945

von Peter Maxwill (KNA)

Hamburg (KNA) Wer von Wissenschaftlern abwägende und relativierende Formulierungen gewohnt ist, sah sich am Donnerstagabend in Hamburg überrascht. "Ein christliches Deutschland gibt es nicht mehr", sagte der Historiker **Thomas Großbölting** bei seinem Vortrag über den Glauben im Nachkriegsdeutschland, mit dem er eine Reihe zu Religion nach 1945 in der "Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg" eröffnete. Zentrale These des Professors für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Münster: Glaubenspraxis und Religiosität machen in Deutschland seit Jahrzehnten einen "ganz dramatischen Wandel" durch.

Großbölting, Forscher im Münsteraner **Exzellenzcluster "Religion und Politik"**, hat die Studie "Der verlorene Himmel. Glaube in Deutschland nach 1945" verfasst. Im Mittelpunkt stehen dabei vor allem die großen christlichen Kirchen. Deren Einfluss schwindet laut Großbölting dramatisch: Die "religiöse Beschäftigung" etwa im Gebet oder mit Meditationen sinke in Deutschland kontinuierlich, immer mehr Menschen verließen außerdem die großen Religionsgemeinschaften.

Dabei haben die christlichen Kirchen jahrzehntelang das Alltagsleben in der Bundesrepublik bestimmt, so Großbölting: Rollenbilder, Familienleben, Sexualität, Moral - zahlreiche Lebensbereiche seien religiös geprägt gewesen. Diese christliche Gesellschaft der Adenauer-Ära habe sich jedoch stark verändert, das legen auch die von Großbölting verwendeten Statistiken nahe: Bekannten sich 1950 noch 96,4 Prozent der Menschen zum evangelischen oder katholischen Glauben, waren es 2011 nur noch 57,4 Prozent - bei einem deutlich angeschwollenen konfessionslosen Bevölkerungsanteil. "Wären diese Menschen eine Kirche", so Großbölting, "es wäre die größte Konfession Deutschlands".

Die Statistik selbst liefere für diesen Wandel keine Erklärung, und der Verweis auf eine allgemeine Tendenz zur Säkularisierung reicht dem Historiker zufolge auch nicht aus. Denn Westeuropa sei ein Sonderfall in einer religiöser werdenden Welt, und Deutschland wiederum in Europa: Auf allen Kontinenten außer dem europäischen wächst laut Großbölting der Einfluss von Religion, vor allem der Islam und die christliche Pfingstbewegung wüchsen rasant. In Deutschland hingegen werden gerade die großen Glaubensgemeinschaften für religiös Suchende unattraktiver, so Großbölting. Das Ergebnis sei ein individueller Rückzug in zahlreiche "Privatchristentümer" sowie "hybride Religionsformen", oftmals mit esoterischen Elementen.

Großbölting sieht den Ursprung dieses religiösen Wandels in Deutschland in den 1960er Jahren, gefolgt von einem sozialen Wandel "mit revolutionärer Qualität" in den Siebzigern. Mitgestaltet hätten diesen Prozess auch die Kirchen selbst durch die Erneuerung ihrer theologischen Botschaften und Riten: Aus Strafe sei Hilfe geworden, so Großbölting, aus Forderungen Angebote. Zudem hätten etwa Sakramente wie die katholische Beichte ihre Bedeutung in der Glaubenspraxis verloren. So hätten die Kirchen ihren starken gesellschaftlichen Einfluss nach und nach eingebüßt, die einst engen Verbindungen zwischen Alltag und Religion hätten sich in Deutschland schrittweise aufgelöst.

Eine zentrale Ursache dieser Entwicklung ist Großbölting zufolge die enge Verflechtung von Kirche und Staat in Deutschland: "Die kirchliche Schlagseite ist ein staatliches Problem." Die Kirchen, konstatierte der Historiker, profitierten zwar organisatorisch als Institution von engen Kooperationen mit dem deutschen Staat, als Glaubensgemeinschaften würden sie jedoch für viele Menschen unattraktiver. (KNA - nkpn1-89-00003)

Online

[Wer ist noch Christ? \(Gastbeitrag von Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting zu Religion in Deutschland seit 1945\)](#)

[DIE WELT online vom 28.03.2013](#)

[Religion: Der verlorene Himmel \(Zum Buch „Der verlorene Himmel. Glaube in Deutschland seit 1945“ von Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting\)](#)

[Deutsche Welle online vom 09.04.2013](#)

[Der Kirchentag als Wahlkampfarena \(Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting zum Evangelischen Kirchentag in Hamburg\)](#)

[Handelsblatt.com vom 01.05.2013](#)

[Die Welt im Wandel \(Zum Buch „Der verlorene Himmel. Glaube in Deutschland seit 1945“ von Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting\)](#)

[Potsdamer Neueste Nachrichten online vom 08.05.2013](#)

[Duitse historicus: Christelijk Duitsland bestaat niet meer \(Studie von Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting zu Religion in Deutschland seit 1945\)](#)

[Dänische Tageszeitung Reformatorisch Dagblad online vom 19.02.2013](#)

[Historiker: Es gibt kein christliches Deutschland mehr \(Studie von Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting zu Religion in Deutschland seit 1945\)](#)

[evangelisch.de vom 19.02.2013](#)

[Vor leeren Bänken – Haben Deutschlands Kirchen eine Zukunft? \(Studie von Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting zu Religion in Deutschland seit 1945\)](#)

[SWR2 „Forum“ online vom 14. Juni 2013](#)

[Historiker: Kirchenmitglieder in Deutschland bald nur 50 Prozent \(Hinweis auf einen Gastbeitrag in der WELT von Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting zu Religion in Deutschland seit 1945\)](#)

[Katholische Presseagentur Österreich kathweb vom 28.03.2013](#)

[Katholische Presseagentur Österreich kathweb vom 28.03.2013](#)

[Kirchliche Privilegien sind vielen deutschen Politikern ein Dorn im Auge \(Zum Buch „Der verlorene Himmel. Glaube in Deutschland seit 1945“ von Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting\)](#)

[Kirchliche Privilegien sind vielen deutschen Politikern ein Dorn im Auge \(Zum Buch „Der verlorene Himmel. Glaube in Deutschland seit 1945“ von Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting\)](#)

[Trierischer Volksfreund online vom 07.04.2013](#)

[U što vjeruju Nijemci? \(Zum Buch „Der verlorene Himmel. Glaube in Deutschland seit 1945“ von Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting\)](#)

[Deutsche Welle online, Kroatisch, vom 09.04.2013](#)

[Alemania: cada vez menos cristianos y más musulmanes \(Zum Buch „Der verlorene Himmel. Glaube in Deutschland seit 1945“ von Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting\) Deutsche Welle online, Spanisch, vom 09.04.2013](#)

[„Ein christliches Deutschland gibt es nicht mehr.“ Zeithistoriker Großbölting legt erste historische Gesamtschau zu Religion in Deutschland seit 1945 vor – Heutige Religionspolitik verharre in den 1950ern \(Studie von Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting zu Religion in Deutschland seit 1945\) Juraforum.de vom 18.02.2013](#)

[„Ein christliches Deutschland gibt es nicht mehr“ \(Studie von Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting zu Religion in Deutschland seit 1945\) EANN.de vom 19.02.2013](#)

TV und Radio

[Koalition der Frommen: Wie viel Religion verträgt die Republik? \(Studie von Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting zu Religion in Deutschland seit 1945\)](#)
[ARD-Dokumentation am 04.09.2013](#)

Der verlorene Himmel (Studie von Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting zu Religion in Deutschland seit 1945)
Deutschlandfunk „Studiozeit: Aus Kultur- und Sozialwissenschaften“ vom 21.02.2013

[Wunsch und Wirklichkeit – Eine Geschichte des Staat-Kirche-Verhältnisses in Deutschland \(Studie von Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting zu Religion in Deutschland seit 1945\)](#)
[WDR 5 „Diesseits von Eden“ vom 24.02.2013](#)

[„Ein christliches Deutschland gibt es nicht mehr“ \(Studie von Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting zu Religion in Deutschland seit 1945\)](#)
[SWR2 „Journal am Morgen“ vom 28.02.2013](#)

[Kirchen verlieren Mitglieder \(Studie von Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting zu Religion in Deutschland seit 1945\)](#)
[Nordwestradio „Journal“ vom 30.03.2013](#)

Rasante Talfahrt – Kirchen verlieren in Deutschland sehr schnell an Boden (Studie von Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting zu Religion in Deutschland seit 1945)
SR2 „Kirche und Welt“ vom 07.04.2013

[Euphorie um den Papst \(Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting zur Wahl von Papst Franziskus und zu seiner Studie zu Religion in Deutschland seit 1945\)](#)
[domradio „Der Tag“ vom 19.03.2013](#)

[„Menschen pilgern aus biografischen Gründen“ \(Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting zu Religion in Deutschland seit 1945\)](#)
[Deutschlandradio Kultur vom 11.04.2013](#)

Vor leeren Bänken – Haben Deutschlands Kirchen eine Zukunft? (Studie von Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting zu Religion in Deutschland seit 1945)
SWR2 „Forum“ vom 14.06.2013

[Konfession und Parteipräferenz \(Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting über Konfessionen und Parteien\)](#)
[MDR Figaro „Sinn- und Glaubensfragen“ vom 21.09.2013](#)

III. Weitere Medienbeiträge aus „Religion und Politik“

Print

Hochwürden wurde zum Dienstleister (Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting zur Wahl von Papst Franziskus)

Frankfurter Rundschau vom 19.03.2013

Der Rücktritt als Bruch (Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting zur Geschichte des Papstamtes und zum Amtsverzicht und Papst Benedikt XVI.)

Rotary Magazin, Ausgabe März 2013

„Der Papst zerbricht das alte Bild“ (Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting zur Wahl von Papst Franziskus)

Kölner Stadt-Anzeiger vom 18.03.2013

Der Rücktritt als Bruch (Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting zur Geschichte des Papstamtes und zum Amtsverzicht und Papst Benedikt XVI.)

Rotary Magazin, Ausgabe März 2013

Ein Papst sucht neue Bündnispartner (Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting zum Wandel des Papstamts ab dem 19. Jahrhundert)

WELT am SONNTAG vom 04.08.2013

Historiker: Religiöse Situation ändert sich dramatisch (Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting über die religiöse Situation in Deutschland)

KNA Basisdienst vom 10.06.2013

Anspruch auf Respekt vor der Religion mutig vertreten (Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting über die religiöse Situation in Deutschland)

Die Glocke/Beckumer Zeitung vom 08.06.2013

Der Islam gehört nun auch ganz offiziell zu Deutschland (Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting zur Anerkennung der Religionsgemeinschaft Ahmadiyya Muslim Jamaat als Körperschaft des öffentlichen Rechts)

DIE WELT vom 13.06.2013

Kreuzchen mit Gottes Segen (Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting über Hirtenbriefe deutscher Bischöfe im Bundestagswahlkampf)

epd-Landesdienst West vom 03.09.2013

Das Kreuz mit dem Kreuzchen (Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting über Hirtenbriefe deutscher Bischöfe im Bundestagswahlkampf)

Südkurier vom 07.09.2013

Online

Historiker: Statt „Hochwürden“ sind Priester heute pastorale Dienstleister (Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting über mediale Präsenz von Kirchenvertretern)
DRadio Wissen „Wissen“ vom 19.03.2013

[Ein Papst sucht neue Bündnispartner \(Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting zum Wandel des Papstamts ab dem 19. Jahrhundert\)](#)
[WELT am SONNTAG online vom 04.08.2013](#)

[Religiöse Vielfalt: Religiöser Pluralismus \(Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting über die christlichen Kirchen in Deutschland\)](#)
[DRadio Wissen „Hörsaal“ online vom 09.04.2013](#)

[Der Islam gehört nun offiziell zu Deutschland \(Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting zur Anerkennung der Religionsgemeinschaft Ahmadiyya Muslim Jamaat als Körperschaft des öffentlichen Rechts\)](#)
[DIE WELT online vom 13.06.2013](#)

[Theologe fordert islamischen Sozialverband \(Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting über die religiöse Situation in Deutschland\)](#)
[katholisch.de vom 05.06.2013](#)

[Wahlwerbung von der Kanzel? – „Das wäre dumm“ \(Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting über Hirtenbriefe deutscher Bischöfe im Bundestagswahlkampf\)](#)
[evangelisch.de vom 04.09.2013](#)

TV und Radio

[Streit um Steuergelder für Kirchen \(Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting zum Thema Kirchensteuer und Staat-Kirche-Verhältnis\)](#)

[ZDF „heute journal“ vom 28.04.2013](#)

Mit der Bergpredigt Politik machen? (Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting über Religion und Politik im Bundestagswahlkampf 2013 und in Deutschland nach 1945)
Hessischer Rundfunk hr „Horizonte“ vom 31.08.2013

[Staatsgelder für die Kirche \(Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting zur staatlichen Mitfinanzierung der christlichen Kirchen in Deutschland\)](#)

[ZDF „heute journal“ vom 14.10.2013](#)

Historiker: Papst hat wenig Bedeutung für das Alltagsleben (Historiker Prof. Dr. Thomas Großbölting über mediale Präsenz von Kirchenvertretern)

Deutschlandradio Kultur „Kulturnachrichten“ vom 19.03.2013

[Religiöse Vielfalt: Religiöser Pluralismus \(Mitschnitt eines Ringvorlesungsvortrags des Historikers Prof. Dr. Thomas Großbölting über die christlichen Kirchen in Deutschland\)](#)

[DRadio Wissen „Hörsaal“ vom 09.04.2013](#)

[„Warum zündet dieses Papier so derart?“ \(Historiker und Theologe Prof. Dr. Thomas Großbölting zum Positionspapier der Evangelischen Kirche in Deutschland\)](#)

[WDR 5 „Diesseits von Ende“ vom 21.07.2013](#)